*Diskussionsgruppe Frieden Hannover*

# *Im Westen geht die Sonne unter…*

## ***Sieben Thesen zum Desaster der westlichen Zeitenwende und dem Ende des Neoliberalismus***

*Stand: November 2023*

*Der gegenwärtige Krieg in der Ukraine offenbart den Niedergang Russlands als politische und militärische Weltmacht. Doch er ist auch ein Rückzugsgefecht des über Jahrhunderte hegemonialen Westens, wo in der neoliberalen Epoche wesentliche soziale, politische und ökonomische Regulationsmechanismen außer Funktion gesetzt wurden. Im Kontext dieser sozialen und ökonomischen Situation markiert der Krieg tatsächlich eine Zeitenwende, mit der die betroffenen Länder wesentliche Paradigmen des Neoliberalismus über Bord werfen und zunehmend auf einen Krisenmodus mit nur noch vordergründiger demokratischer Beteiligung umstellen.*

*Aus dieser Perspektive ist der folgende Text geschrieben. Er setzt sich weniger mit dem akuten Kriegsgeschehen und auch nicht mit der Eskalation im Nahen Osten auseinander, sondern thematisiert die fortschreitende Krise des globalen Westens.*

# Inhalt


1. Weltmacht China ..... 2
2. Russland als Spiegelbild einer westlichen Krisenentwicklung ..... 4
3. Neue Blockkonfrontation? ..... 9
4. Erratische Abkehr vom Neoliberalismus ..... 14
5. 1914 revisited? ..... 17
6. Globales Eskalationsrisiko ..... 20
7. Perspektiven einer zeitgenössischen Friedensbewegung ..... 22

# *1. Weltmacht China*

***Mit China, Indien und großen Teile der Asien-Pazifik-Region ist den westlichen Ländern ein weit überlegener Konkurrent auf den internationalen und heimischen Märkten erwachsen, der ihre jahrhundertelange Hegemonie zu beenden beginnt.***

Obwohl sich dies seit Jahrzehnten vorbereitet, scheint den westlichen Eliten erst in den letzten Jahren bewusst geworden zu sein, welch bedrohliche Konkurrenz ihnen in der Asien-Pazifik-Region mit Indien und dem neuen Machtzentrum China entsteht. China hat die USA nach Daten des Internationalen Vergleichsprogramms (ICP) der Weltbank bereits 2017 als größte Volkswirtschaft überholt (vgl. Eurostat 2020). Es hat mit der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) die weltgrößte Freihandelszone geschaffen und darin auch mit dem globalen Westen kooperierende Länder wie Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und Singapur eingebunden (vgl. Fritz 2020). Es verfolgt mit dem Projekt der „*Belt and Road Initiative*“ eine weltweite Expansionsstrategie, die durch ein globales Netzwerk an Wirtschaftsbeziehungen weit fortgeschritten ist. Bis 2022 haben 147 Länder oder 75% aller Staaten der Welt ein Memorandum of Understanding unterzeichnet (vgl. Senz 2022; Flatten, Zwick 2022). Zugleich setzt das Land als führende Kraft der erweiterten BRICS-Gruppe und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) geopolitische Akzente, die sich in der Globalen Sicherheitsinitiative (vgl. Holbig 2022) konturieren.

Erstmals seit Jahrhunderten, in denen die Länder der alten und neuen westlichen Welt mit wechselnden hegemonialen Zentren fast uneingeschränkt auf Rohstoffe, Handelswege, Märkte und Arbeitskräfte des globalen Südens und später Osteuropas zugreifen konnten, erwächst ihnen nun mindestens ein Konkurrent, der Ihnen strategisch und wirtschaftlich den Rang abzulaufen droht. Damit erweist sich die Losung einer kapitalistischen Oneworld als überlebt. Nicht unähnlich den Parteieliten des realexistierenden Sozialismus ab den 1960er Jahren, insbesondere der SED (vgl. Karuscheit 2021, 84ff.), appellieren die westlichen Staaten an die vermeintliche Dominanz eines längst überholten Systems. Mit dem Erfolg des Modells einer kapitalistischen Planwirtschaft ist gerade in China eine krisenfestere Alternative entstanden. Während sich politisch gestaltete Zeit in den westlichen Ländern auf den unregulierten Augenblick ihres Ereignisses verengt, verfügen Länder wie China und auf andere Weise auch Indien über einen staatlichen Wirtschaftssektor, der den praktischen Entwurf weitreichender Perspektiven ermöglicht. Obwohl es sich um autoritäre Gesellschaften mit immens polarisierter Vermögensverteilung handelt, ist ihre politische Regulation zugleich dezentral und dynamisch. Im Gegensatz zu den mittel- und osteuropäischen Ländern des ehemaligen RGW fand hier keine neoliberale Schocktherapie (vgl. Kap. 2 in diesem Text), sondern ein gelenkter Reformprozess statt. Die staatseigenen Banken und Schlüsselindustrien ermöglichen die gesteuerte Entwicklung einer sozialen und technischen Infrastruktur, die für die Entwicklung eines digitalen Kapitalismus unabdinglich erscheint (vgl. ten Brink 2010, 10f.; Winkel 2012, 50ff.; Menkhoff, Wagner 2023). Gerade China hat von der weltweiten Finanzkrise 2007ff durch umfangreiche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sogar profitiert (vgl. Müller 2021; Schmidt 2009) und entwirft in seinen Fünfjahresplänen Entwicklungsvisionen, wie sie gerade in Europa kaum noch erinnert werden können (vgl. Bickenbach, Wan-Hsin 2021).

Zwar ist es gerade in jüngerer Zeit zu eklatanten Fehlsteuerungen wie dem bizarren Festhalten an der Null-Covid-Strategie, den demografischen Auswirkungen der Ein-Kind-Politik, dem Befeuern einer wachsenden Immobilien-Blase und zu einer eklatanten Jugendarbeitslosigkeit gekommen (vgl. Müller

2023; Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Trotzdem offenbart die derzeitige Kriegsentwicklung, wie weit der Hegemonieverlust des globalen Westens bereits fortgeschritten ist. Denn außer den USA, dem Vereinigten Königreich, Norwegen, Kanada, Südkorea, der Schweiz, Japan, Australien, Neuseeland, Taiwan, Singapur und den EU-Staaten beteiligte sich (Stand Mai 2022) kein einziges Land an den gegen Russland verhängten Sanktionen (vgl. Gelowicz 2022; Neuber 2022).[1] Insbesondere ehemalige Verbündete wie Indien (vgl. Interview mit Außenminister Jaishankar in der Standard vom 03.01.2023; Peer 2022), Brasilien (vgl. Hirst, Tokatlian 2023) und Pakistan (vgl. Hegewisch, Khan 2022; Fähnders 2022) machen stellvertretend für viele Länder des globalen Südens deutlich: Der Glaubwürdigkeitskredit der NATO ist spätestens seit dem Krieg gegen den Irak 2003 aufgebraucht und eine Beteiligung an Sanktionen widerspricht den eigenen wirtschaftlichen Interessen. Besonders schmerzhaft ist für das westliche Bündnis, dass die ölexportierenden Länder der OPEC ebenfalls nicht involviert sind, sich dem Begehren des Westens nach einer Ausweitung ihrer Förderkapazitäten verweigern und an der Kartellbildung mit Russland (OPEC+) festhalten (vgl. Richard 2022, 9; Serif 2022). Der globale Westen hat dem Großteil der restlichen Welt nicht mehr viel anzubieten und kann angesichts ausgeweiteter Wirtschaftsbeziehungen zur südostasiatischen Freihandelszone und den BRICS-Staaten kaum mehr nachhaltig Druck auf sie ausüben.

Denn auch der fernöstliche Imperialismus scheint dem westlichen überlegen. Die USA und Westeuropa sind gerade in Zentralafrika – wo die Putschserie in Gabun, Niger, Mali, Burkina Faso, und Guinea gerade einen Großteil des postkolonialen Hinterhofs „Françafrique“ wegbrechen ließ (vgl. Akkoyun 2023) – kaum über das Format des Kolonialismus hinausgekommen. Weiterhin beschränkt sich gerade das europäische Engagement vornehmlich auf die Plünderung von Rohstoffressourcen (vgl. Schmieg 2018, 6). Demgegenüber hat insbesondere China einen »nachhaltigeren« Imperialismus entwickelt, der auf schnelle Kreditvergabe, hohe Investitionen, den Aufbau von Infrastruktur und die Rückzahlung von Krediten in Form von Rohstoffexporten setzt (vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung 2023; Müller 2021, 125ff.). Zugleich geraten die USA und die EU in Südamerika in die Defensive, wo China hinsichtlich der Neuinvestitionen bereits die Führungsrolle beansprucht und die EU, insbesondere aber Deutschland, auch als Handelspartner auf die hinteren Plätze verdrängt (vgl. Kronauer 2022; Busch 2021; Dussel Peters 2020; Sitenko 2020). Außerdem stellt sich dem Westen mit der um den Iran, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Äthiopien und Argentinien erweiterten BRICS-Gruppe (insgesamt haben im Vorfeld des Gipfels im August 2023 40 Staaten ihr Interesse bekundet, 23 einen Aufnahmeantrag gestellt) die keineswegs geschlossene Alternative zu einer „*post-westlichen Welt*“ unter chinesischer Dominanz entgegen (Maihold, Müller 2023, 3; March 2023).

[1] Dies ist auch in dem Kontext zu sehen, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am 03.04.2023 einseitige Sanktionen verurteilt hat, „*as they are contrary to the Charter and norms and principles governing peaceful relations among States at all levels and recalls that such measures prevent the full realization of economic and social development of nations while also affecting the full realization of human rights*” (Human rights Council 2023a, 4). Die Resolution wurde mit 33 zu 13 Stimmen und einer Enthaltung gegen das Votum der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens, Tschechiens, Finnlands, Georgiens, Litauens, Montenegros, Luxemburgs, Rumäniens und der Ukraine beschlossen (vgl. Human Rights Council 2023b). Sie richtet sich gegen unterschiedlichste Sanktionen. Laut einem Bericht des US-Finanzministeriums hatte sich die Zahl der global von den USA verhängten Sanktionen schon 2021 gegenüber dem Jahr 2000 von 912 auf 9.421 mehr als verzehnfacht (Department of the Treasury 2021, 2).

# 2. Russland als Spiegelbild einer westlichen Krisenentwicklung

***Vordergründig erscheint der russische Angriff auf die Ukraine nur als verzweifeltes Aufbegehren einer untergehenden Weltmacht, der nichts als ihre (vermeintliche) militärische Stärke geblieben ist. Doch bei genauerem Hinsehen spiegelt sich darin auch der fortgeschrittene Niedergang des Westens in mehrfacher Weise.***

Nicht nur, dass der russische Angriffskrieg deutliche Parallelen zu den ebenfalls völkerrechtswidrigen Kriegen der USA und der NATO in Ex-Jugoslawien, Afghanistan und dem Irak aufweist (vgl. Zumach 2023). Die Krise Russlands nimmt auch den Niedergang der westlichen Länder vorweg: Die durch IWF und Weltbank in nahezu allen Ländern des vormaligen RGW angeleitete neoliberale Schocktherapie (vgl. Schulmeister 2022; Ther 2019; 2016, 89ff.), mit der in den 1990er Jahren öffentliches Eigentum an spätere Oligarchen verschenkt wurde (vgl. Clairmont 1999), hat ein autoritäres Regime hervorgebracht, das an die Stelle sozialistischer Inhalte die Erzählung einer großrussischen Identität setzt. Die russische Föderation hat nach Daten der Weltbank gleich der Ukraine und fast allen Staaten der ehemaligen Sowjet-Union in den 1990er Jahren eine zerstörerische Entwicklung durchlaufen, in der das BIP bis 1999 um je nach Zählung zwei Fünftel oder sogar fast zwei Drittel (-64,7%) zurückging (The Worldbank 2023a). Die Arbeitslosigkeit stieg von gut 5% auf 13% (in der Ukraine von 2% auf 11,9%) (The Worldbank 2023b). Ein Drittel der Bevölkerung lebte unter dem Existenzminimum und ganze 53% unterhalb der Armutsgrenze. Die Lebenserwartung von Männern sank auf 58 Jahre. Das Vermögen des reichsten gegenüber dem ärmsten Bürger stieg vom sechs- auf das 250.000fache. Gemessen am BIP sollen die volkswirtschaftlichen Verluste größer als während des zweiten Weltkriegs gewesen sein (vgl. Jaitner 2015, 515; Warde 2022, 1; Clairmont 1999).[2]

Nach dem Amtsantritt Putins kam es zu einem grundlegenden Steuerungswechsel, mit dem der Staat wieder als zentraler Wirtschaftsakteur auftrat und die politische Macht der entstandenen Oligarchie einhegte, die Besitzverhältnisse jedoch unangetastet ließ (vgl. Warde 2022). Damit gelang es, die Ökonomie zu stabilisieren. Bis 2013 hatte sich das BIP in US-Dollar (USD) mehr als verzehnfacht (vgl. The World Bank 2022a). Die Realeinkommen wurden verdoppelt und die Armutsquote ging auf weniger als die Hälfte zurück (vgl. Jaitner 2015, 519).[3] Doch jenseits des Verkaufs von Rohstoffressourcen und der erneuten Militarisierung wurde kaum industrielle Basis geschaffen (vgl. Kolev 2016; Schneider 2016, 2). 2013 brach die Konjunktur wieder ein und *„der ungeschriebene Gesellschaftsvertrag*“, der in Putins ersten beiden Amtszeiten *„auf dem Versprechen von Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität im Austausch für politische Loyalität oder Apathie*“ (Klein, Schreiber 2022, 6) beruhte, wurde brüchig.

---

[2] Diese Maßnahmen konnten nur gegen massiven öffentlichen Widerstand durchgesetzt werden. Auf ihrem Höhepunkt überschritt der damalige Präsident Boris Jelzin mit der Unterstützung des Westens seine Kompetenzen, indem er den Obersten Sowjet und den Volkskongress auflöste und am 04.10.1993 die russische Armee auf das Parlament schießen ließ. Mehr als 100 Menschen starben. Folge dieser Verfassungskrise war das Referendum über eine Verfassung, die die Macht des russischen Präsidenten gegenüber dem Parlament ausweitete. *„So entstand in Russland ein stark auf den Präsidenten ausgerichtetes Machtsystem, vom dem auch der heutige Kremlchef, Wladimir Putin, profitiert*.“ (Goncharenko 2018).

[3] Möglicherweise ist diese Erfahrung auch der Grund für eine altersabhängig differenzierte Haltung der russischen Bevölkerung zum Krieg gegen die Ukraine. Nach einer Umfrage des als unabhängig angesehenen Levada-Centers im November 2022 gaben 51% der über 55jährigen an, das Vorgehen des russischen Militärs in der Ukraine definitiv zu unterstützen. Dieser Wert nahm mit sinkendem Lebensalter kontinuierlich ab und betrug bei den 18-24jährigen nur noch 25 % (vgl. Levade-Center 2022).

Dies hat jedenfalls dazu beigetragen, das zweite Ziel von Putins Präsidentschaft, die Wiederherstellung des Großmachtstatus, ins Zentrum der politischen Inszenierung zu rücken. Doch dieses Ziel stand schon vor 20 Jahren auf der Agenda, damals jedoch noch im Zeichen einer europäischen Anbindung. Am 25.09.2001 erhielt Putin stehende Ovationen für seine Rede im deutschen Bundestag, in der er bekundete:

> *„Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird."* (Putin 2001)

Darauf folgten Vereinbarungen über *„gemeinsame Räume"* mit der EU in den Bereichen *„Wirtschaft; Freiheit, Sicherheit und Justiz; äußere Sicherheit; Forschung und Bildung sowie kulturelle Aspekte"* (Adomeit, Richter 2005, 1). 2001 und 2010 war sogar eine russische NATO-Mitgliedschaft im Gespräch (vgl. die Welt vom 28.09.2001; Bidder 2010). Diese Annäherungspolitik schlug ab 2008 in eine aggressivere Außenpolitik in Georgien, Syrien, Libyen, Mali und der Zentralafrikanischen Republik um. Sie gipfelte in der Annexion der Krim, den Interventionen im Dombas, dem (beidseitigen) Verstoß gegen das Minsker Abkommen (Fischer 2019, 22ff.) und schließlich im Angriffskrieg auf die Ukraine. Dies war mit einer massiven Steigerung der Rüstungsausgaben und dem Versuch, die russischen Streitkräfte in eine moderne Einsatzarmee umzuwandeln, verbunden (vgl. Klein, Schreiber 2022; Stewart 2016). All das ist jedoch nicht als Alleingang Moskaus, sondern als wechselseitige Eskalation im Kontext

- unterschiedlich interpretierter (mündlicher) Zusicherungen, die NATO nicht über die deutschen Grenzen hinaus auszudehnen,[4]
- der fortschreitenden Osterweiterung der NATO und der Inaussichtstellung eines Beitritts für Georgien und die Ukraine (vgl. Richter 2022, 5f.),
- des Austritts der USA aus dem Vertrag über die Begrenzung strategischer Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und dem INF-Vertrag über das Verbot nuklearer Mittelstreckensysteme sowie der Blockade des AKSE-Abkommens (vgl. ebd., 6; Richter 2019),
- des Aufbaus der US-Militärpräsenz im Schwarzen Meer und rotierender Kampftruppen in Bulgarien und Rumänien (vgl. ebd.),
- der massiven Aufrüstung der Ukraine bereits vor 2022 (vgl. Friederichs 2022),
- der Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Polen und Rumänien, die aus russischer Sicht auch nuklearfähige Marschflugkörper abschießen könnten (vgl. ebd.; Krüger 2021; Richter 2022, 6),

[4] Freigegebene Dokumente, die vom National Security Archive an der George Washington University veröffentlicht wurden, legen nahe, dass der damaligen Sowjet-Union, namentlich Gorbatschow, im Zuge der Verhandlungen um die deutsche Wiedervereinigung von den westlichen Verhandlungsführern, insbesondere den Außenministern Baker, Genscher und Hurd sowie NATO-Generalsekretär Wörner, dahingehende Sicherheitsgarantien gegeben wurden, dass sich die NATO *„keinen Zentimeter nach Osten"* ausdehnen würde. Diese Zusicherungen sind allerdings nicht vertraglich fixiert (vgl. National Security Archive 2017; Richter 2022, 5). Dies wird von Kritikern der Veröffentlichungen nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Es wird entgegengehalten, die Inhalte der Gespräche seien anders gemeint gewesen. Zu unterscheiden seien *„informelle Gespräche und Sondierungen dieser Art einerseits von Verhandlungen, Versprechungen, Verpflichtungen oder gar Garantien andererseits"* (Adomeit 2018, 4) und die Äußerungen Bakers seien *„seine persönliche Auffassung und nicht die Position der US-Administration"* gewesen (Deutscher Bundeswehrverband 2022).

- der Ablehnung der russischen Vertragsentwürfe vom 17.12.2021 (vgl. ebd., 1),
- dem Abbruch der Friedenverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland (vgl. Fischer 2022; Siggelkow 2023; Goeßmann 2022),[5]
- und den lang bestehenden Plänen zur nuklearen Aufrüstung in Westeuropa (vgl. Kap 3 in diesem Text)

zu bewerten.

Doch die Reaktion der westlichen Länder offenbart eine ähnliche Form systemischer Krise, auch wenn sie noch hinter der Zersetzung osteuropäischer Gesellschaften zurückbleibt. Zunächst haben die verhängten Sanktionen keineswegs in der erhofften Weise gewirkt: Während Russland den gesunkenen Export von Energieträgern in den Westen u.a. durch Verkäufe nach China und Indien, die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf den Yuan und den Rubel und gestiegene Weltmarktpreise ausgleichen konnte (FAZ vom 11.02.2023), schaden die Sanktionen mittlerweile mehr den EU-Staaten: Nach einem Rückgang von -2,1% in 2022 hat der IWF seine Konjunkturprognose für Russland in 2023 auf ein positives Wachstum von 1,5 % angehoben. Damit liegt das Land über den Erwartungen für die Eurozone (+0,9%) und deutlich vor Deutschland (-0,3%) (vgl. BMWK 2023, 38). Bereits bei der vorhergehenden IWF-Prognose fiel auf, dass von einem globalen Wachstum von 2,9% für 2023 bzw. 3,1% für 2024 nur noch 10% auf die EU und die USA, die Hälfte dagegen auf China und Indien zurückgehen sollen (vgl. DW vom 31.01.2023).

Damit verschärft sich eine Entwicklung, die schon in Folge der Finanzkrise eingesetzt hat: Zwar ist die Wirtschaft in Deutschland und der EU bemessen in EUR weiter mäßig gewachsen. Ausgedrückt in USD ergibt sich nach Daten der Weltbank jedoch ein annäherndes Nullwachstum (vgl. the Worldbank 2023a). Vor dem Hintergrund eines deutlich abgewerteten Euro (vgl. Statista 2023b; Scholtes 2022) bringt das zwei Entwicklungen zum Ausdruck: Einerseits ist es den europäischen Ländern anders als bspw. der BRD in ihren Gründerjahrzehnten (vgl. Beck 2006, 29f.; Altvater, Hübner 1988, 13) nicht gelungen, diese Unterbewertung als Wettbewerbsvorteil zu nutzen. Vor dem Hintergrund anhaltender Sparmaßnahmen, einer schwachen Reallohnentwicklung und massiven Umverteilungseffekten (vgl. Zinke 2020) verliert der europäische Binnenmarkt gerade für deutsche Produkte an Bedeutung (vgl. Lampe, Wolf 2022, 293ff.). Während z.B. Frankreich noch vor zehn Jahren der wichtigste deutsche Handelspartner war, ist das Land bereits 2017 auf Platz vier abgerutscht (vgl. Ettel 2017). Die ersten beiden Ränge bekleiden nun China und die USA (vgl. Statistisches Bundesamt 2023b, 2). Gleichzeitig geht sowohl die deutsche als auch die positive Handelsbilanz der EU seit 2016 zurück (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2023a; Statista 2023c). Deutschland weist seit Jahren eine ausgeprägt negative Bilanz gegenüber China (vgl. Matthes 2023) und noch einen positiven Saldo gegenüber den USA auf (vgl. Statistisches Bundesamt 2023). Demgegenüber ist das Wirtschaftswachstum in den USA trotz der Aufwertung des Dollar stabiler (vgl. The Worldbank 2023a). Trotzdem hat sich die dort dauerhaft negative Außenhandelsbilanz in der Folge der Finanzkrise noch einmal deutlich verschlechtert (vgl. Süßel 2022), wobei insbesondere eklatante Defizite gegenüber China und der EU hervortreten (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2023, 6).

[5] Inwieweit die Intervention des damaligen britischen Regierungschefs Boris Johnson für den Abbruch der fortgeschrittenen Verhandlungen ursächlich war, muss als umstritten betrachtet werden. Eine Rekonstruktion der ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen stellt fest, dass sie *„am Widerstand der NATO, insbesondere der USA und Großbritanniens scheiterten“* (vgl. Funke, Kujat 2023a; 2023b).

Zur Lösung dieser Krise gehen die USA und Europa verschiedene Wege. Zunächst verfolgen die USA durchaus ein Konzept: Jake Sullivan, Sicherheitsberater und intellektueller Kopf der Biden-Regierung, präsentierte in seiner Rede vom 27.04.2023 eine internationale wirtschaftspolitische Agenda, die nichts anderes als den offenen Bruch mit dem Neoliberalismus markiert:

> *„[I]n the name of oversimplified market efficiency, entire supply chains of strategic goods—along with the industries and jobs that made them—moved overseas. And the postulate that deep trade liberalization would help America export goods, not jobs and capacity, was a promise made but not kept. "*
> (Sullivan 2023)

Darüber hinaus werden alle Probleme – die Überlegenheit des chinesischen Modells, der US-amerikanische Rückstand bei den Zukunftstechnologien, die Erosion von Lieferketten, ausufernde Finanzmarktspekulationen, die Hilflosigkeit angesichts der beschleunigten Klimakrise, die Zerstörung der eigenen industriellen Kapazität, soziale Ungleichheit und die Aushöhlung der Demokratie – benannt.

Die Antworten auf diese Herausforderungen zur Wiederherstellung der US-Hegemonie sind spektakulär: Die Strategie sieht zunächst öffentliche Investitionen in Höhe von 3,5 Billionen (3.500 Mrd.) USD vor allem in die Bereiche Halbleiter- und Klimatechnologie sowie in die Instandsetzung einer maroden Infrastruktur vor. Darüber hinaus bedeutet sie eine Abkehr von der Maxime globalen Freihandels. Die USA wollen weg von niedrigen Zöllen und einer auf Lohnkosten basierten Standortkonkurrenz. An deren Stelle sollen demnach innovative Handelsabkommen treten, die auf den Grundsätzen der Klimaneutralität, der Gewährung von Arbeitnehmer:innenrechten und der Entwicklung stabiler Lieferketten gründen. Damit werden auch die Ziele einer veränderten Zollpolitik sowie von Exportkontrollen und Investitionen in Milliardenhöhe in Schwellenländer verbunden.

Bemerkenswerterweise werden diese Visionen von der Biden-Administration in Teilen tatsächlich umgesetzt. Zwar stieß der geplante „*Infrastructure Investment and Jobs Act, (IIJA)*" (vgl. Umann 2021) auf den Widerstand des neoliberalen Flügels der Demokratischen Partei – insbesondere Joe Manchins – und musste mit nur noch 1,2 Bio. USD auf etwa die Hälfte des geplanten Umfangs reduziert werden (vgl. Roth 2021). Doch zusammen mit dem bereits im März 2021 verabschiedeten

- „*American Rescue Plan Act*" (einem Hilfspaket gegen die Coronakrise in Höhe von 1,9 Bio. USD, das vor allem Corona-Impfungen, Direktzahlungen an bedürftige Familien, die Ausweitung der Arbeitslosenhilfe, die Erhöhung des Mindestlohns und Finanzhilfen für kleine Betriebe vorsieht (vgl. Dullien et al. 2021; der Tagesspiegel vom 15.01.2021)),
- dem „*Chips and Science Act*", der 280 Mrd. USD zur Förderung der Herstellung von Halbleitern und Computer-Chips enthält (vgl. Langer 2022; Steinacher 2023)
- und dem „*Inflation Reduction Act (IRA*)", mit dem 369 Mrd. USD in den Klimaschutz investiert werden sollen (vgl. Baur et al. 2023),

erreichen die Maßnahmen tatsächlich ein Ausmaß von insgesamt 3,749 Bio. USD.

Sie kommen zwar nicht an das Format des unter Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren umgesetzten New Deal heran. Dieser hatte mit Maßnahmen zur Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken und der Börsenaufsicht eine Mixed-Economy mit hoher staatlicher Lenkung umgesetzt (vgl. Roesler 2010, 21ff.). Demgegenüber wird der Biden-Administration vorgeworfen, weit weniger auf gesellschaftliche Umverteilung zu setzen (vgl. Gindin 2023). Trotzdem enthält das Paket zumindest auch Pläne für regulierende Maßnahmen wie einen Mindeststeuersatz für Großunternehmen, die

Besteuerung von Aktienrückkäufen und die Erhöhung von Vermögens- und Körperschaftssteuern (vgl. Hahn 2023). Insgesamt bewirkt dies eine nachfragestimulierende Konjunkturankurblung, die durch den »schmutzigen Keynesianismus« auf 842 Mrd. USD gesteigerter Rüstungsausgaben (vgl. ebd.) verstärkt werden soll. Außenwirtschaftlich verfolgen die USA den Kurs eines doppelten Wirtschaftskriegs, indem die Biden-Regierung den unter Trump eingeschlagenen Weg der Sanktionen gegen China in vermindertem Ausmaß fortsetzt (vgl. Roach 2023; von Marschall 2023). Gleichzeitig weiten sie diesen Protektionismus in noch sanfterer Form auch auf die EU aus, indem das Klimaschutzprogramm von fast 370 Mrd. Dollar nicht amerikanische Unternehmen von Subventionen ausschließt oder zumindest benachteiligt (vgl. Baur et al. 2023, 11f.). Darüber hinaus sind die USA durch den Einsatz von Fracking zum größten Ölproduzenten der Welt aufgestiegen und können von der Energiekrise sogar profizieren (vgl. Dörner, Kort 2022). Schließlich aber lässt ihre militärische Strategie darauf schließen, dass der Verlust der ökonomischen Vormachtstellung durch die Option militärischer Interventionen kompensiert werden soll. Damit zeichnet sich zumindest aus dem Moment heraus ein konsistentes Vorgehen zur Absicherung der US-amerikanischen ökonomischen und geostrategischen Interessen ab.[6]

Demgegenüber erscheint das europäische, insbesondere aber das deutsche Vorgehen von keinen vergleichbar rationalen Erwägungen bestimmt. Hier existiert keinerlei nachvollziehbare Strategie zur Sicherung oder Verlagerung der eigenen Absatzmärkte: Zunächst lässt sich der Effekt eines »schmutzigen Keynesianismus« kaum bedingt übertragen. Zwar profitieren auch deutsche Unternehmen wie Rheinmetall von den gigantischen Rüstungsausgaben (Kiani-Kreß 2022). Doch wesentliche Teile des in Deutschland beschlossenen Sondervermögens werden aus den USA und zum Teil auch aus anderen europäischen Ländern geliefert (vgl. Kirsch 2022; der SPIEGEL vom 04.07.2023). Mit den Sanktionen gegen Russland entledigt sich gerade Deutschland zudem seiner wesentlichen Energiequellen. Der Versuch, dies durch bilaterale Abkommen mit den Ländern der OPEC, insbesondere mit Katar auszugleichen, können als gescheitert angesehen werden (vgl. die ZEIT vom 29.11.2022). Zur Kompensation wird Öl aus Norwegen, Großbritannien und Kasachstan, Gas dagegen aus Belgien, den Niederlanden und Norwegen zu gestiegenen Preisen importiert (vgl. Bundesnetzagentur 2023; die Zeit vom 13.03.2023; Statista 2023d). Die gewachsenen Energiekosten wirken sich mitsamt der höchsten Inflationsrate seit 1951 (vgl. Freiberger, Hagelüken 2023) nicht nur auf Produktionskosten und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland für Investitionen,[7] sondern auch auf Reallöhne und damit auf die Nachfrage auf dem europäischen Binnenmarkt aus (vgl. Europäische Kommission

---

[6] Dabei stellt sich die Frage, inwieweit diese Politik bei einem Wahlsieg der Republikaner fortgesetzt würde. Doch weder das Verhalten der Partei im Streit um den aktuellen Haushalt, der nur „*einen kleinen Teil von Bidens Budget*“ betraf (Stein, Sotomayor 2023) noch ihre bisherige Strategie deuten auf einen solchen Kurswechsel hin. Der Direktor des Instituts für Makrofinanzen, Max Krahé (2003), schätzt ein: „*Die Wahrscheinlichkeit, dass die Republikaner, falls sie wieder an die Macht kommen, alles zurückdrehen, halte ich für gering. Zum einen waren die Republikaner nur dann um den Staatshaushalt besorgt und gegen Schuldenaufnahme, wenn sie selbst nicht regiert haben. Unter republikanischen Präsidenten ist das Defizit dagegen oft stark angestiegen. Zum anderen ist der IRA keine klassische Klientelpolitik seitens der Demokraten. Das Gesetz sieht sogar besonders hohe Subventionen für Investitionen in strukturschwache Regionen vor, die überwiegend republikanisch wählen. Das werden die entsprechenden Abgeordneten kaum abschaffen.*“

[7] Deutschland ist mit dem „*höchsten, bisher verzeichneten Nettoabfluss*“ von -132 Mrd. USD im Jahr 2022 mittlerweile das Land in der OECD (zuzüglich China, Indien, und fünf weiteren Ländern), das die höchsten Abflüsse an Direktinvestitionen verzeichnet. Allein gegenüber 2020 haben sich die Abflüsse von gut 50 auf 165 Mrd. USD mehr als verdreifacht, während die Zuflüsse von 56 auf 11 Mrd. USD auf weniger als ein Fünftel zusammengeschmolzen sind (vgl. Rusche 2023).

2023). Angesichts der Pläne der deutschen Bundesregierung den Handel mit China einzudämmen bzw. zu diversifizieren (vgl. die Bundesregierung 2023) und dem mit dem Klimaschutzprogramm durch die USA begonnen Protektionismus stellt sich die Frage, auf welchen Märkten deutsche und europäische Produkte überhaupt noch im bisherigen Umfang verkauft werden sollen.

In dieser Situation könnte ein Ausweg in einer steuerfinanzierten Ankurbelung der Binnennachfrage liegen. Doch die europäischen Regierungen machen das Gegenteil. Das Festhalten an der Schuldenbremse, die fortschreitende Kürzung von Transfereinkommen, die Weigerung, Vermögens-, Unternehmens- und Spitzensteuersätze zu erhöhen und das Ausbleiben von Konjunkturprogrammen zur Umsetzung des Klimaschutzes oder der Sanierung der maroden Infrastruktur haben in ihrer Gesamtheit selbstzerstörerischen Charakter. Denn die EU hat zwar auf die Vorgaben der USA mit der Verabschiedung eines eigenen Chip-Act und einem Green Deal reagiert. Doch beide Vorhaben unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt: „*Der entscheidendste Unterschied zwischen dem EU Chips Act und dem US Chips Act liegt in der Finanzierung*“ kritisiert der BDI (2022, 4). Denn im Gegensatz zu den USA stellt die EU für beide Programme kein frisches Geld zur Verfügung. Sie finanziert die veranschlagten 43 Mrd. EUR für den Chips Act und die mutmaßlichen Gelder von bis zu einer Billion EUR für den Green Deal aus der Umwidmung bereits bestehender Fördermittel, legt sie auf die Mitgliedsstaaten um oder rechnet die Hoffnung auf Unternehmens-Investments mit ein (vgl. Wettach 2023; Fischedick 2023; Beckmann 2023; Schmutz 2023). Ob diese Maßnahmen relevante Effekte auf Klimaneutralität und Digitalisierung haben können, ist fraglich. Konjunkturstimulierende Effekte sind jedoch ausgeschlossen.[8] Die fortgeschrittene Deindustrialisierungstendenz (vgl. Falck, Pfaffel 2022; Rusche 2023) muss sich daher gerade in Deutschland zuspitzen.

Damit verengt sich die Krisenstrategie in der EU auf die Option, verlorengegangene Märkte durch militärisches Engagement im Rahmen der NATO zurückzuerobern. Neben der permanent steigenden Kriegsgefahr muss das zu einer nachhaltigen Rezession mit eklatanten Kaufkraftverlusten führen.

# *3. Neue Blockkonfrontation?*

***Noch sieht es nicht nach einer weltweiten Blockbildung aus. Zwar präsentiert sich die NATO mit ungeahnter Geschlossenheit. Und auch China und Russland können auf einen Kreis dezidierter Partnerschaften bauen. Jenseits dieser Allianzen scheinen sich die meisten Staaten jedoch (noch) nicht festlegen und alle Optionen gegenüber beiden Machtzentren offenhalten zu wollen. Doch es stellt sich die Frage, ob dies bei einer Verschärfung des gegenwärtigen Konflikts so bleiben kann. Dabei spielt der Ukraine-Krieg nicht die ausschlaggebende Rolle. Er ist wahrscheinlich nur der Beginn einer ausstehenden militärischen Konfrontation des Westens – insbesondere der USA – mit Russland und der aufstrebenden Supermacht China.***

In dieser Situation stellt sich die Frage, wie sich die Welt angesichts dieser Konfrontation politisch und militärisch formiert. Ökonomisch ist der beschriebene Niedergang des Westens, vor allem aber

[8] Der Bundesrechnungshof hat die geplanten Ausgaben für den Klima- und Transformationsfonds und das Sondervermögen als „*Ausnahme von den verfassungsrechtlich bestimmten Haushaltsgrundsätzen der Vollständigkeit und Einheit des Haushaltsplans*“ gerügt (Bundesrechnungshof 2023). Dies hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 15.11.2023 bestätigt, als es die Umwidmung von 60 Mrd. für die Bekämpfung der Corona-Pandemie eingeplanten Mitteln in den Klima- und Transformationsfonds als verfassungswidrigen Verstoß gegen die Schuldenbremse erklärte (vgl. Bundesverfassungsgericht 2023).

der EU, desaströs. Der Versuch, die Länder des globalen Südens durch die Beteiligung an Sanktionen zu einem Bekenntnis zu zwingen, ist gescheitert.[9] Auf der politischen Weltbühne ist der globale Westen dabei, sich als hegemoniale Großmacht zu demontieren. Ob daraus ein Systemwettbewerb, indem die Länder des globalen Südens zwischen Handels- und Kooperationsangeboten auswählen können (wie es z.B. Griechenland angesichts des europäischen Sanktionsregimes nach der Finanzkrise zu wünschen gewesen wäre) oder ein Schwenk zu langfristigen Handelsabkommen und Zuordnungen zu einem der beiden Blöcke resultiert, lässt sich schwer abschätzen. Jedenfalls wird der Westen weit mehr Zugeständnisse machen müssen, als es seiner bisherigen imperialen Kompetenz entspricht.[10]

Militärisch geht es bei dem gegenwärtigen Konflikt offensichtlich nur vorläufig um die Ukraine und wohl auch nur mittelfristig um Russland.[11] Die wachsende Dominanz des fernöstlichen Kapitalismus wirft auch den Westen auf seine militärische Vormachtstellung zurück. China hat seine Weltmarktposition bislang noch ohne dezidierte Kriege im Sinne einer *„weichen Balance“* vorangetrieben und seine militärische Aktivität auf die Regionen rund um seine Landesgrenzen im ostasiatischen und pazifischen Raum beschränkt (vgl. Maull et al. 2023, 33; Stanzel 2021, 10ff.). Im Erlebnis seiner eigenen Ohnmacht scheint der globale Westen nun darauf zu setzen, verlorenes Terrain mit militärischen Mitteln zurückzuerobern und die geostrategische Schwächung von Russland als zentralem militärischem Konkurrenten herbeizuführen. Denn trotz seiner drastischen Aufrüstung liegt China weit hinter den militärischen Fähigkeiten Russlands und der USA zurück (vgl. ebd., 48; Stevenson 2023; Schulz, Christ 2023). Angesichts der aggressiveren Militärstrategie der NATO und dem eigenen Weltmachtanspruch aber wird es an dem Konzept eines gewaltfreieren Imperialismus kaum festhalten. Dafür braucht es (noch) Russland als geostrategischen Partner.

Damit erscheint die Wiederkehr einer Blockkonfrontation kaum vermeidbar. Wirtschaftlich ist zwar der Niedergang Russlands wie auch der des Westens – insbesondere der EU – wohl kaum mehr abwendbar. Doch wird keine der beiden Seiten diese Niederlage kampflos hinnehmen wollen. Dies unterstreicht eine bislang ungekannte Militarisierung. Laut dem Jahresbericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI haben die Staaten der Welt 2022 einen historischen Rekord aufgestellt: *„Global military expenditure rose for the eighth consecutive year in 2022 to reach an estimated $2240 billion, the highest level ever recorded by SIPRI.“* (SIPRI 2023, 8) Diese Ausgabensteigerungen betrafen nicht nur die TOP 7 der Staaten mit dem höchsten Rüstungsetat von nacheinander den USA, China, Russland, Indien, Saudi-Arabien, Großbritannien und Deutschland (Statista 2023a). Auch in fast allen anderen Teilen der Welt haben Länder wie Indien, Ägypten, Aserbaidschan, Norwegen und ein Großteil der Staaten des afrikanischen Kontinents ihre Rüstungsausgaben gesteigert.[12] Den absolut stärksten Anstieg an Rüstungsimporten hat jedoch Europa zu verzeichnen. Die europäischen

---

[9] Die zahlreichen Friedensinitiativen, die insbesondere von Ländern des globalen Südens ausgehen (vgl. Friedenskooperative 2023), unterstreichen den verbreiteten Unwillen, in dieser Auseinandersetzung Partei ergreifen zu wollen.

[10] Beispielgebend für die Hilflosigkeit dieser Versuche ist der vage Versuch von der USA und der EU auf dem G-20 Gipfel mit Saudi-Arabien, Indien und den Vereinigten Arabischen Emiraten mit zehnjähriger Verspätung durch den „India – Middle East – Europe Economic Corridor“ (IMEC) auf das chinesische Projekt der neuen Seidenstraße zu antworten (vgl. Mellenthin 2023)

[11] Folgerichtig wird Russland in der aktuellen US-Militärstrategie als zwar „akute“ Bedrohung, China dagegen als „dauerhaft größte Bedrohung“ eingeschätzt (Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 28.10.2022).

[12] Laut tradingeconomics (2023) haben schon 2022 von 152 diesbezüglich auswertbaren Ländern nur 35 ihren Militäretat in US-Dollar gegenüber 2018 verringert. 61 Staaten wiesen eine Steigerung von mehr als 25% auf (eig. Berechnung).

NATO-Partner haben ihre Waffenimporte laut SIPRI zwischen 2018 und 2022 gegenüber dem davorliegenden Fünfjahreszeitraum um ganze 65% erhöht. Werden die Ankündigungen steigender Wehretats wie z.B. das deutsche Sondervermögen für die Bundeswehr eingelöst, müsste sich dieser Trend noch einmal verschärfen. Deutschland – bislang nach Militärausgaben weltweit auf Platz 7 – würde dann auf Platz 3 aufrücken (vgl. tagesschau vom 13.03.2023; Donges 2022).

Besonders hervorzuheben ist, dass dieser Militarisierungstrend auch nukleare Waffen betrifft. So haben laut dem SIPRI-Institut alle Atomwaffenstaaten ihre diesbezügliche Aufrüstung schon vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs forciert. Dies geht mit einer wachsenden Intransparenz, was die Veröffentlichung der jeweiligen Bestände angeht, einher (vgl. Donges 2023). Besonders brisant ist, dass nach der Aufkündigung des ABM- und des INF-Vertrags durch die USA (siehe oben) und der Aussetzung des „NEW-START Vertrags“ und des Vertrags über das Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) (vgl. tagesschau vom 21.02.2023; Nagel 2023) seit Ausbruch des Ukraine-Krieges durch Russland überhaupt kein Kontrollabkommen mehr existiert.

Diese weltweite Aufrüstung ist offensichtlich konfrontativ. In dem am 29.06.2022 in Madrid von den Mitgliedsstaaten beschlossenen „*Strategische*[n] *Konzept der NATO 2022*“ heißt es:

> *„Die NATO ist zwar ein Verteidigungsbündnis, es sollte jedoch niemand an unserer Stärke und Entschlossenheit zweifeln, jeden Zentimeter des Bündnisgebiets zu verteidigen, die Souveränität und territoriale Unversehrtheit aller Verbündeten aufrechtzuerhalten und uns gegen jeden Angreifer durchzusetzen. In einem Umfeld strategischen Wettbewerbs werden wir unser globales Lagebild ausbauen und unsere Reichweite vergrößern, um im Einklang mit unserem 360-Grad-Ansatz in allen Dimensionen und Richtungen abschrecken, verteidigen, umkämpfen und die Nutzung verwehren zu können. Grundlage des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO ist eine geeignete Mischung aus nuklearen, konventionellen und Raketenabwehrfähigkeiten, ergänzt durch Weltraum- und Cyberfähigkeiten.“* (NATO 2022, Ziffer 20)

Abgesehen davon, dass so gut wie alle der in dem Papier als Bedrohung benannten »Böswilligkeiten« im vergangenen Vierteljahrhundert auch von der NATO selbst oder einzelnen Bündnisstaaten begangen wurden, ist die Strategie in ihrem Geltungsanspruch mehr als brisant. Neben der Russischen Föderation als „*Bedrohung*“ (Ziffer 8) werden explizit

- „*Konflikte, Fragilität und Instabilität in Afrika und im Nahen Osten*“ (Ziffer 11),
- die Ziele und die Politik der Volksrepublik China als „*Herausforderungen*“ (Ziffer 13 und 14),
- Iran, Syrien und Nordkorea (Ziffer 18),
- „*böswillige Akteure“ im „Cyberraum*“ (Ziffer 15),
- die „strate*gische(.) Bedeutung*“ der Westbalkanstaaten, des Schwarzmeer- und des indopazifischen Raums (Ziffer 45),
- „*Partnerschaften mit Bosnien und Herzegowina, Georgien und der Ukraine*“ (Ziffer 41)
- und der Zugang zum Weltraum (Ziffer 16)

benannt. Insgesamt aber heißt es gerade in Bezug auf die „*nukleare Fähigkeit der NATO*“: „*Das Bündnis verfügt über die Fähigkeiten und die Entschlossenheit, jedem Gegner nicht annehmbare Kosten aufzuerlegen, die weit schwerer wiegen würden als die Vorteile, die er zu erzielen erhoffen könnte.*“ (Ziffer 28.) Zudem enthält die Strategie ebenso wie die Nuklearstrategie der USA dezidiert keine Verzichtserklärung auf einen atomaren Erstschlag, wie sie China und Indien erklärt haben (vgl. Thakur

2021) und die die vier führenden Friedens- und Konfliktforschungsforschungsinstitute in ihrem Friedensgutachten auch von der NATO einfordern (vgl. BICC et al. 2022, 95).

In Bezug auf das weiter geplante Vorgehen der NATO-Staaten heißt das u.a. konkret:

- Die NATO will mit ihrem schon länger dominierenden 360-Grad-Ansatz *„in allen Dimensionen und Richtungen abschrecken“* und verteidigen können (NATO 2020, Ziffer 40). Damit sind nicht nur Russland, sondern auch eine Südflanke gegenüber Afrika, der pazifische und der indische Ozean und mit dem Beitritt von Schweden und Finnland auch eine Expansion nach Norden gemeint.
- Dazu sollen die akut einsetzbaren Streitkräfte im Rahmen des sog. *„NEW Force Modell*[s] *(NFM)“* aufgestockt und innerhalb von 10 Tagen 100.000, nach 30 Tagen weitere 200.000 und nach 180 Tagen noch einmal 500.000 Streitkräfte mobilisiert werden können (vgl. Major, Swistek 2022, 4). Dies würde nahezu eine Verachtfachung allein der innerhalb eines Monats verfügbaren Truppen von 40.000 auf 300.000 Soldaten bedeuten (vgl. Vollmer 2022).
- Flankiert wird diese Aufrüstung durch die Neustationierung nuklearer Waffen in Deutschland, Belgien, den Niederlanden und der Türkei. Die schon 2012 in Auftrag gegebene Bombe B 61-12 (vgl. Nassauer, Piper 2012) ersetzt die veraltete B-61 Bombe. Ihre Sprengkraft übersteigt die der Hiroshima-Bombe um das 20-fache. Für sie soll mit dem F-35-Bomber ein Trägersystem angeschafft werden (vgl. ICAN Germany 2023). Dieses *„fortschrittlichste Kampfflugzeug der Welt“* verfügt über *„Tarnkappeneigenschaften“* und kann durch *„gegnerische Radargeräte kaum oder erst sehr spät erfasst werden. Die F-35 hat weiterhin den Vorteil, dass sie bereits für einen Einsatz von Atomwaffen zertifiziert ist.“* (bundeswehr.de 2022). Ihre Stationierung verstößt gegen den Atomwaffenverbotsvertrag, dem bislang 92 Staaten, nicht aber die Atommächte und u.a. Deutschland beigetreten sind (ICAN Germany 2023, 2).
- Weiterhin verstärken die NATO-Staaten ihre Präsenz im Indo-Pazifik, wo bereits zahlreiche Fregatten der USA, Großbritanniens, Frankreichs und jetzt auch Deutschlands präsent sind. Zugleich sollen im Rahmen des sog. AUKUS-Bündnisses U-Boote aus Australien, den USA und Großbritannien stationiert werden. Damit reagiert die NATO mit einer weit größeren Militärmacht auf die chinesische Flottenaufrüstung. So ergibt sich zumindest die Möglichkeit, zentrale Handelswege Chinas wie die Straße von Malakka zu blockieren (vgl. Stevenson 2023; DW vom 13.03.2023; Swistek 2021; Maull et al. 2023, 17).

Mit dieser Strategie ist eine zunächst einseitige Blockbildung verbunden, die im Wesentlichen die Staaten umfasst, die sich an den Sanktionen gegen Russland beteiligen: Neben den NATO-Staaten und dem benannten AUKUS-Bündnis mit Australien fallen darunter jedenfalls auch Japan und Südkorea, die im Rahmen bilateraler Sicherheitsverträge unter dem atomaren Schutzschirm der USA stehen (vgl. Overhaus, Sakaki 2021). Doch es ist fraglich, wie stabil dieses reaktivierte westliche Bündnis ist. Neben Divergenzen wie der Annäherung Ungarns an Russland, der Weigerung der polnischen und wohl bald auch der slowakischen Regierung, weitere Waffen an die Ukraine zu liefern (vgl. Richter 2023) und der ambivalenten Politik der Türkei, die den Krieg für imperiale Eigeninteressen im Krieg gegen Kurd:innen nutzt (vgl. Aksoy 2022), markiert auch die diplomatische Krise zwischen Frankreich und Deutschland die latente Brüchigkeit des westlichen Blocks (vgl. Charrier 2023).

Das Ziel dieses westlichen Blocks, insbesondere der USA, geht jedenfalls über den Krieg in der Ukraine hinaus und zielt mittelfristig auf die direkte Konfrontation mit der neuen Supermacht China. So

sprach der vormalige Generalstabschef der amerikanischen Streitkräfte Mark Milley unverblümt von der Gefahr eines künftigen Krieges mit China und Russland.[13]

Weit unklarer und offener sieht es auf der Gegenseite aus: Russland kann – und auch das nur noch bedingt – auf die Loyalität der Staaten der ehemaligen Sowjetunion im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, allen voran Belarus, setzen (vgl. Levystone 2022). Darüber hinaus pflegt es militärische Bündnisbeziehungen zu Nordkorea, dem Iran, Syrien, Venezuela und Mali (vgl. Ehmann et al. 2023). Außerdem hat sich eine strategische Partnerschaft mit China entwickelt.

Der Großteil der übrigen Staaten verhält sich jedoch noch neutral oder zumindest ambivalent. So fanden ab März 2022 mehrere gemeinsame Manöver Russlands und Chinas statt, an denen in unterschiedlicher Zusammensetzung und zu verschiedenen Zeitpunkten Indien, der Iran, Syrien, Nicaragua, die Mongolei, Algerien, mehrere ehemalige Sowjetrepubliken, Pakistan und Südafrika teilnahmen (vgl. Eyssel 2023; Knipp 2022; Dörries 2023). Zwar bezeichnen diese Aktivitäten keine der NATO vergleichbare Blockbildung: Insbesondere Indien ist auch an dem QUAD-Bündnis mit den USA, Japan und Australien im Indopazifik beteiligt (vgl. Heiduck, Wirth 2023) und steht traditionell in unmittelbarem Gegensatz zu China und Pakistan (vgl. Destradi et al. 2021). Vielmehr nutzt der Großteil der Länder sichtlich die Offenheit der Situation und versucht, aus beiden Konstellationen die für sich günstigsten Bedingungen herauszuschlagen. Trotzdem verdeutlichen diese Aktivitäten erratische Bewegungen in der weltweiten Diplomatie, in deren Verlauf Russland nicht isoliert dastehen muss. Vorstellbar ist eine neuerlich polarisierte Welt, in der sich neben einer Mehrzahl an blockfreien Ländern erneut gewaltige Bündnisse formieren, deren Gefährlichkeit gerade in ihrer fragilen Inkonsistenz liegen kann. Denn der begonnene Kampf um ökonomische und geostrategische Einflusssphären erzwingt auch deren Militarisierung. Der Widerstand gegen imperiale Interessen ist seit Anbeginn des Kolonialismus mit der Bedrohung durch kriegerische Interventionen verbunden. In einer bipolaren Welt, in der zwei Machtzentren um Märkte und Rohstoffe konkurrieren, steigt diese Gefahr zwangsläufig an. Das Eingehen wirtschaftlicher Kooperationen kann militärische Gegenschläge auslösen und betroffene Länder zu Austragungsorten eines Stellvertreterkriegs machen. Viele bislang noch blockfreie Staaten werden darum vielleicht nicht nur aufrüsten, sondern sich auch militärisch zuordnen müssen.

Auch wenn der Krieg in der Ukraine ein absehbares Ende findet, ist die Errichtung einer friedlichen Weltordnung kaum mehr vorstellbar. Es sieht vielmehr danach aus, als würde dies nur der Anfang

[13] Milley betrachtete einen solchen Krieg jedoch als „*nicht unvermeidbar*“, sofern es der USA gelänge, durch Erhöhung des Wehretats das weltweit stärkste Militär zu bleiben (Der SPIEGEL 23.03.2023). Obwohl er diese Meinung beiläufig revidierte (vgl. Berliner Zeitung 17.09.2023), vertrat der bis vor Kurzem oberste Militär der USA lange Zeit eine kontroverse Ansicht gegenüber dem Krieg mit der Ukraine: Er bezeichnete ihn als für keine Seite gewinnbaren „*Abnutzungskrieg*“ und plädierte für umgehende Friedensverhandlungen (vgl. Stolz 17.11.2022). Der Hintergrund dieser Einwände war offensichtlich nicht pazifistischer Natur. Er beklagte schrumpfende Munitionsbestände durch die Lieferungen in die Ukraine: „*Wenn es einen Krieg auf der Koreanischen Halbinsel gäbe oder einen Großmachtkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Russland oder den Vereinigten Staaten und China, wären die Verbrauchswerte auf einem extrem hohen Niveau*“. Und: „*Wir haben einen langen Weg vor uns, sicherzustellen, dass unsere Bestände für die echten Eventualitäten vorbereitet sind*.“ (Die Welt vom 30.03.2023)

einer Serie militärischer Auseinandersetzungen sein, an deren Ende mit wachsender Wahrscheinlichkeit ein atomarer Weltkrieg stehen kann. "*Wir driften in eine der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte*", wird der Direktor des SIPRI-Instituts, Dan Smith, zitiert (Donges 2023).

# *4. Erratische Abkehr vom Neoliberalismus*

***Die Länder des Westens haben sich in der Krise einiger der als alternativlos beschworenen Paradigmen des Neoliberalismus entledigt. Damit geht aber keine Rückkehr zu einem regulierten Kapitalismus einher. Vielmehr werfen gerade die europäischen Länder verbliebene Grundlagen ökonomischer Prosperität über Bord und steuern auf unregulierbare politische und ökonomische Krisen zu.***

Zu den bemerkenswertesten Entwicklungen der anbrechenden Epoche gehört, wie schnell und fast beiläufig der globale Westen seit Jahrzehnten gehegte Katechismen des Neoliberalismus abstreift. Diese hatten spätestens seit Ausbruch des Thatcherismus 1979 in Großbritannien in vier paradoxen Paradigmen bestanden:

- Ökonomisierung und Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur im Zuge einer restriktiven Austeritätspolitik,
- Deregulierung von Arbeits-, Finanz- und Gütermärkten,
- globale Freihandelsorientierung und
- Umverteilung im Zuge von Steuerentlastungen für Großunternehmen, Spitzenverdienste und Vermögenseinkommen.

Dieser lange Zeit als alternativlos propagierten Maximen hat sich der Westen nunmehr zu erheblichen Teilen entledigt: Die Konvergenzkritierien des Maastrichter Vertrags der EU - Inflationsrate, Neuverschuldung und Schuldenstand - werden in allen Mitgliedsländern verletzt (vgl. Urmersbach 2023; Riegert 2023a). Gleichzeitig setzen die Staaten auf eine teilweise Rückkehr zum Protektionismus. Damit bleiben allein – und auch das nur in der EU[14] – eine Spar-, Deregulierungs- und Umverteilungspolitik als Vermächtnisse des neoliberalen Zeitalters. An ihre Stelle tritt der Versuch, eine Rüstungskonjunktur zu initiieren, wobei der bereitgestellte Sonderkredit laut dem Bundesrechnungshof (2023, 28) die im Grundgesetz verankerte Schuldenregel „*ad absurdum*“ führt.

Die Konzeptlosigkeit dieses Vorgehens birgt unabwendbare Konsequenzen und Risiken:

- Allein die deutsche Exportquote hatte sich zwischen 1991 und 2022 von 23,7% auf 50,9% mehr als verdoppelt – die Importquote ist von 24,2% auf 49% gestiegen (Statistisches Bundesamt 2023c, 118). In der EU-27 lagen diese Werte 2022 bei 55,1% (Export) und 54,5% (Import) (vgl. Statista 2023e; 2023f). Ein gleichzeitiger Wirtschaftskrieg Deutschlands bzw. der EU mit Russland, China und zunehmend auch den USA muss zu Rückschlägen dieser Exportausrichtung führen. Inflation, Lohnzurückhaltung, Sparpolitik und Energieteuerung lassen wenig Aussicht auf eine Kompensation durch die europäische Binnennachfrage zu.

[14] Die EU plant, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zwar zu flexibilisieren, dem Grundsatz nach aber beizubehalten (vgl. IWD 2023).

- Aus all dem resultiert ein Versorgungsproblem in den westlichen Metropolen. Schon vor der Pandemie ist die Armut in Deutschland seit 2013 gewachsen. Seit 2020 explodiert dieser Anstieg im Zuge von Inflation und Energiepreisverteuerung (vgl. Spannagel, Zucco 2022; Schneider et al.2022). Zwar ist in diesem und dem vorherigen Jahr ein »heißer Herbst« ausgeblieben. Doch die Vehemenz der Proteste gegen die französische Rentenreform, wie auch die in Großbritannien, anderen europäischen Ländern und sogar für deutsche Verhältnisse spektakulären Streikbewegungen deuten an, dass sich das absehbar ändern könnte (vgl. Lesch 2023; Detje, König 2023).
- Dies hat bereits jetzt zu einer strukturellen Krise der westlichen Demokratien geführt. Sie kommt nicht nur im Bedeutungsverlust vormaliger europäischer Volksparteien – beispielhaft der deutschen Sozialdemokratie – und erdrutschartigen Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien in allen europäischen Ländern (vgl. Pieper 2023), sondern auch in einem bislang unbekannten Vertrauensverlust in die Politik zum Ausdruck.[15]
- Nachdem die Zahl der Menschen, die weltweit unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben, vor allem aufgrund der verbesserten Lebensbedingungen in China seit Anfang der 1990er Jahre konstant rückläufig war (vgl. Müller 2021, 18), steigt sie nun schon seit 2015 wieder an. Durch die Auswirkungen der Maßnahmen gegen die Pandemie, Lebensmittelengpässe, die Teuerung aufgrund des Kriegs in der Ukraine sowie die weltweit ausufernden kriegerischen Konflikte wird diese Entwicklung zusätzlich beschleunigt (vgl. Welthungerhilfe 2022a). Das Welternährungsprogramm veranschlagt einen Wert von zusätzlichen 47 Millionen betroffenen Menschen in 2022 (World Food Programme 2022) und weiteren 65 Mio. im Jahr 2023. Die deutsche Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit bis 2026 um fast 16% und den des Auswertigen Amtes um sogar knapp 27% gekürzt (vgl. Welthungerhilfe 2022b; 2023).
- Die derzeitigen Krisen führen zu eruptiven Preisschwankungen auf nahezu allen Finanz- und Gütermärkten. Finanzmarktkrisen und das Platzen von Spekulationsblasen gehen auf unkontrollierte Ausweitungen von Finanztransaktionen und synchrone Bewertungsabstürze an mehreren Märkten zurück (vgl. Schulmeister 2018, 32f.). Da der Umfang von Finanztransaktionen nach der Finanzkrise weiterhin wächst (vgl. Deutscher Bundestag 2020, 8; Funke et al. 2020, 12f.), müsste die Gefahr einer neuerlichen Finanzmarktkrise trotz verschärfter Bankenaufsicht eigentlich wieder zunehmen (vgl. Ranaldo 2022). Die Bankenpleiten von Credit Suisse, der New Yorker Signature Bank und der Silicon Valley Bank unterstreichen diese Vermutung (vgl. Hickel 2023). Und auch wenn diese Krise bislang als bereits abgewendet betrachtet wird, gibt der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze (2023) zu bedenken: „*2007 dachte man das auch, und dann ging es zwölf Monate später richtig los*“.

[15] Im September 2023 waren bereits nur noch 25% der vom Allensbacher Institut befragten Menschen mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Beinahe zwei Drittel sind unzufrieden (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2023). Derart schlecht Werte hatte es auf der Grundlage anderer Umfragen in der gesamten Regierungszeit von Angela Merkel nicht gegeben (Statista 2023g; 2023h; 2023i; 2023j; tagesschau vom 17.09.2017). Gegenüber 2022 war der Anteil derjenigen, die glauben, dass Deutschland ein sehr guter Wirtschaftsstandort ist, von 71% auf 41% gesunken (vgl. Tagesspiegel vom 01.09.2023). Laut einer Studie des rheingold Instituts haben 73% der 18-64jähringen das Gefühl, „*dass unsere Politiker keine Ahnung haben von dem, was sie tun*“ (vgl. Poulakos, Kittel 2023). In Thüringen, wo die AfD laut Umfragen auf bis zu 34% der Stimmen kommt, waren gegenüber 37% im Vorjahr 62% der Befragten der Meinung, dass es Zeit sei „*Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten*“ (Reiser et al. 2023, 13).

- Die sich zuspitzende Klimakrise wird sich unter diesen Bedingungen kaum abbremsen lassen. Es gibt kaum etwas klimaschädlicheres als Krieg. Nicht nur das direkte Kampfgeschehen, auch Ölbrände, zerstörte Infrastruktur, kontaminierte Böden und Belastungen durch den Wiederaufbau haben verheerende Auswirkungen.[16] Ein Blick in den Sachstandsbericht des zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) zeigt außerdem: *„Der durchschnittliche modellierte jährliche Investitionsbedarf für 2020 bis 2030 in Szenarien, die die Erwärmung auf 2 °C oder 1,5 °C begrenzen, ist um den Faktor drei bis sechs höher als das derzeitige Niveau*" (IPCC 2022, 56). Ein für die UN-Klimakonferenz in Scharm asch-Schaich 2022 (COP 27), veröffentlichter Expertenbericht schätzt den Gesamtbedarf für Entwicklungs- und Schwellenländer außer China auf einen" *jährlichen Betrag von 1 Billionen USD bis 2025 und 2,4 Billionen USD bis 2030*" (Obergassel et al. 2023, 19). Das IPCC nennt *„internationale Zusammenarbeit*" als *„entscheidende*[n] *förderliche*[n] *Faktor für die Verwirklichung ehrgeiziger Ziele zur Minderung des Klimawandels* (IPPC 2022, 57f.). Keins dieser Ziele wird sich unter den Bedingungen weltweit explodierender Rüstungskosten, polarisierender Blockbildung und anhaltender Spar- und Umverteilungspolitik[17] umsetzen lassen.
- Mit der Umstellung des russischen Zahlungsverkehrs auf den Rubel und der Abwicklung aller Öl- und Gasgeschäfte mit China in Yuan entsteht die Möglichkeit, dem Dollar als Leitwährung eine Alternative entgegenzustellen. Die teilnehmenden Länder wären dadurch nicht mehr von der Währungspolitik der USA abhängig. Genau dieses Ziel haben die teilnehmenden Staaten beim BRICS-Gipfel in Johannesburg ausgegeben (vgl. Polleit 2023). Zwar wird sich eine gemeinsame Währung mittelfristig kaum einführen lassen. Doch allein die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf die eigenen Währungen würde die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vom Dollar, den die USA *„auch als „geopolitische Waffe zur finanziellen Kriegsführung" einsetzen*" (ebd., Herv. Im Org.) massiv begrenzen. Den USA wäre die Möglichkeit genommen, die betroffenen Länder durch den Ausschluss vom Dollar und dem Dollar-Kapitalmarkt zu sanktionieren, wie dies nicht erst gegen Russland, sondern z.B. auch bereits gegen den Iran praktiziert wurde (vgl. ebd.; Lohmann 2019; Görlach 2023).

Insgesamt hat die Abkehr vom Neoliberalismus nichts mit einer nachhaltigen Krisenregulierung zu tun. Die Umstellung auf eine schuldenfinanzierte Kriegswirtschaft verschärft sämtliche Krisentendenzen der neoliberalen Epoche und trägt einen außenpolitischen Kollisionskurs auch in das Innere der Nationalstaaten hinein. Eine Eindämmung dieser Konflikte kann eigentlich nur auf Kosten demokratischer Liberalität umgesetzt werden.

---

[16] Zwar lassen sich die Zahlen kaum erheben. Denn *„der $CO_2$-Ausstoß des Militärs* [wurde] *auf Druck der USA in Klimaabkommen wie dem Kyoto-Protokoll 1997 und dem Pariser Klimaschutzabkommen 2015 ausgeklammert*." Trotzdem wird geschätzt, dass die Emissionen im zweiten Golfkrieg 1991 zwei Prozent der globalen Emissionen ausmachten, *„der 2003 begonnene Irakkrieg 141 Millionen Tonnen CO2-Äquivalent ausgestoßen hat"* und allein das USA-Militär *„der weltweit größte institutionelle Verursacher von Treibhausgasen"* (Claußen 2022) ist.

[17] *„Die obersten 10% der Emittierenden sind für fast 50% aller Emissionen verantwortlich, während die unteren 50% nur 12% der Gesamtemissionen produzieren."* Während *„die ärmste Hälfte der Bevölkerung in reichen Ländern die Klimaziele der reichen Länder für 2030 bereits erreicht (oder fast) erreicht hat*," gehen wachsende Emissionen auf das reichste Zehntel der Weltbevölkerung zurück. *„Bislang haben Klimapolitiken wie CO2-Steuern oft überproportional niedrige und mittlere Einkommensgruppen belastet, während die Konsumgewohnheiten der wohlhabendsten Gruppen unverändert blieben."* (Chancel 2021, 10f.)

# *5. 1914 revisited?*

***Der zeitgenössische Krieg wird oft mit dem ersten Weltkrieg verglichen. Doch die Situation ist vollkommen anders. Einzig der Kampf um globale Einflusssphären aufgrund eines veränderten weltweiten Kräfteverhältnisses und das Versagen der Diplomatie stellen eine Parallele dar.***

Der Krieg in der Ukraine hat wenig mit dem ersten Weltkrieg gemein. Er wurde weder von Deutschland noch von den USA oder der NATO begonnen. Kein Land des globalen Westens beteiligt sich daran mit eigenen Soldaten. Auch wenn die Begründung von Waffenlieferungen und Aufrüstung gerade in Deutschland an die Situation von 1914 erinnern könnte.[18] Und auch wenn sich dieser Krieg seit einem Jahr zu einem verlustreichen Stellungs- und Abnutzungskrieg ohne dynamischen Frontverlauf entwickelt: Ein solcher Vergleich deutet angesichts von seinerzeit 17 Mio. Kriegstoten (vgl. LdP 2022) und vier Mio. gefallenen Soldaten allein an der deutschen Westfront (vgl. Niemetz 2022) eher auf die Tendenz zu einem neuen deutschen Geschichtsrevisionismus hin.

Trotzdem hat der Abgleich auch etwas Klärendes. Und zwar in drei Punkten:

Erstens war auch 1914 eine bestehende Weltordnung erodiert, mit der 1815 auf dem Wiener Kongress zwischen den Großmächten Österreich und Preußen, vor allem aber Frankreich, Großbritannien und Russland eine Aufteilung der Welt in koloniale Einflussgebiete manifestiert worden war (vgl. Hobsbawm 1961, 203ff.). Abgesehen vom Krimkrieg (1854-1856) zwischen Russland auf der einen und Frankreich und Großbritannien auf der anderen Seite hatte es ein Jahrhundert lang keinen großen Krieg mehr gegeben, an dem mehr als zwei Großmächte beteiligt gewesen waren. Nun aber kamen im begonnenen imperialen Zeitalter mit Japan und den USA, noch wesentlicher aber mit dem deutschen Reich, weitere aufstrebende Mächte hinzu, die ihrerseits Ansprüche auf imperiale Einflussgebiete erhoben (vgl. Hobsbawm 2010, 37ff.).

Eine ähnliche tektonische Verschiebung spielt sich in der aktuellen Situation mit veränderten Akteuren ebenfalls ab. Die 1945 auf der Krimkonferenz in Jalta vereinbarte Weltordnung hatte sich im kalten Krieg zunächst dahingehend entwickelt, dass sich die Sowjet-Union abgesehen von ihrer Invasion in Afghanistan auf die am Ende des zweiten Weltkriegs besetzten Gebiete beschränkte. Die USA und später die NATO kontrollierten den übrigen Teil der zunehmend postkolonialen Welt mit mitunter massiver militärischer Gewalt (vgl. ebd., 286ff.). Diese Weltordnung verlor nach dem Niedergang des Sozialismus spätestens 1999 mit dem Jugoslawienkrieg ihre Grundlage. Die Ost-Erweiterung der NATO, der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die imperiale Neuausrichtung der Russischen Föderation führten dann ab 2014 zur nunmehr offenen Eskalation in der Ukraine. Insofern ist die Auflösung einer Weltordnung, deren Kräfteverhältnis durch das Auftauchen neuer Weltmächte verschoben wurde (vgl. Freidel 2023), durchaus mit 1914 vergleichbar. Kriege bedeuten in solchen Situationen die gewaltsame Neuverteilung von Absatzmärkten, Rohstoffressourcen, Handelswegen und geostra-

[18] Vordergründig weisen allein die Reden des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz zur Zeitenwende vom 27.02.2022 und die des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hugo Haase vom 04.08.1914 zum Kriegsausbruch Parallelen auf: Beide haben die Bewilligung von Kriegskrediten zum Inhalt, beide beschwören die Gefahr durch einen „*russischen Despotismus*“ (Haase 1914) bzw. ein „*Unterdrückungsregime*“ (Scholz 2022), beide verbinden damit eine Gefahr für die „*die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes*“ (Haase) bzw. „*unsere Freiheit, unsere Demokratie und unseren Wohlstand*“ (Scholz) und beide konstruieren aus bewilligten Kriegskrediten einen Kampf für die Befreiung der russischen Bevölkerung.

tegischen Einflusssphären. Sie sind immer imperialistische Kriege, die von keiner Seite aus moralischen Motiven geführt werden.[19] Sie bedeuten Tod und Leid für die Menschen, die von ihren Grausamkeiten betroffen werden. Doch es stellt sich die einfache Frage, warum das westliche Bündnis in anderen Kriegen in Jemen, dem Sudan, Äthiopien, Bergkarabach oder Nordsyrien nicht in vergleichbarer Form interveniert. Insofern ist es wenig zielführend, den Krieg in der Ukraine isoliert zu betrachten. Es ist zu befürchten, dass es sich nur um den Beginn einer weltweiten Eskalation handelt.

Zweitens ist die gegenwärtige Situation ebenso wie 1914 gerade bezogen auf Deutschland eine Krise der Diplomatie. Nach dem deutsch-französischen Krieg (1870-1871) war das entstandene deutsche Reich unter der Ägide Otto von Bismarcks in ein multiples Netzwerk diplomatischer Beziehungen eingewoben. Diese Option einer diplomatischen Absicherung der wachsenden ökonomischen Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent, wurde in der Wilhelminischen Epoche ab 1890 zerstört. Der Drang zu einem nachholenden deutschen Imperialismus und der Aufbau einer Schlachtflotte mündeten in der diplomatischen Isolation Deutschlands und Österreichs und hinterließen nichts als irrwitzige Spekulationen auf ein mögliches Bündnis mit Großbritannien (vgl. Karuscheit 2014, 122ff.).

Die Parallelen zur jetzigen Situation sind offensichtlich. Nunmehr lässt auch das gesamte westliche Bündnis keine diplomatischen Initiativen erkennen und verfolgt die waghalsige Strategie einer gebremsten Konfrontation. Der mittlerweile renommierte Militäranalyst Markus Reisner merkt im Interview an: „*Die Ukraine bekommt genug, um den Krieg weiterzuführen, aber nicht genug, um eine Entscheidung herbeizuführen. Man könnte sagen: Zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben*.“ (vgl. Lange 2023) M. a. W.: Weder Russland noch die USA und die NATO gehen mehr von der Gewinnbarkeit dieses Kriegs aus. Nachdem sich die Frontlinie seit November 2022 kaum mehr verschoben hat und die Gegenoffensive der Ukraine als gescheitert angesehen werden kann, wird er jenseits diplomatischer Initiativen in begrenztem Ausmaß am Laufen gehalten. Damit soll einerseits das Risiko eines Atomkriegs eingedämmt werden. Andererseits wird auf die Kriegsmüdigkeit der jeweils gegnerischen Seite gesetzt. Der Oberkommandierende der ukrainischen Streitkräfte, Saluschny, spricht dementsprechend von einer „*Pattsituation*“ und einem „*Übergang zum Stellungskrieg*“. Er bilanziert: „*Es wird höchstwahrscheinlich keinen tiefen und schönen Durchbruch geben*“ (vgl. Johnson 2023).

In dieser riskanten Situation spielt auch die Selbstaufgabe der europäischen, insbesondere aber der deutschen Außenpolitik eine erhebliche Rolle. Letztere hatte seit der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt in einer diplomatischen Balance zwischen einer seit Adenauer verfolgten West-Orientierung und der gleichzeitigen diplomatischen Annäherung an die Sowjet-Union – später die Russische Föderation – bestanden. Diese Politik wurde von allen folgenden Regierungen bis zur Verhinderung des NATO-Beitritts der Ukraine 2008 und der federführenden Aushandlung der Minsker Vereinbarungen unter der Regierung Merkel weiterverfolgt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom

[19] Zu erinnern ist an das Interview des früheren Bundespräsidenten Köhler, das massive Kritik und schließlich sogar seinen Rücktritt auslöste. Als vormaliger geschäftsführender Direktor des IWF dürfte Köhler eine begründete Sicht formuliert haben als er u. a. sagte: „*Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und* Einkommen.“ Köhler wurde dafür insbesondere von der SPD und den GRÜNEN heftig kritisiert. Deren damaliger Fraktionsvorsitzender Trittin sagte damals: "*Wir brauchen weder Kanonenbootspolitik noch eine lose rhetorische Deckskanone an der Spitze des Staates*" (Jaschensky 2010).

07.12.2023; Fischer 2019, 12f.). Entsprechend hatten schon 2014 nicht nur Gerhard Schröder, sondern auch die noch lebenden Altkanzler Schmidt und Kohl vor einer diplomatischen Isolation Russlands und der Ausweitung der damals entbrannten Ukraine-Krise gewarnt (vgl. Gathmann, Scholz 2022; Süddeutsche Zeitung vom 01.10.2014; der SPIEGEL vom 02.12.2014 und 16.05.2014). Helmut Schmidt sagt damals: "*Ich halte nichts davon, einen dritten Weltkrieg herbeizureden, erst recht nicht von Forderungen nach mehr Geld für Rüstung der Nato. Aber die Gefahr, dass sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag*." (ebd.) Gleich der EU hat sich die jetzige Bundesregierung mit der Rede von Olaf Scholz am 27.02.2022 von der Option einer eigenständigen Diplomatie abgewendet und sich vollständig in den Dienst US-amerikanischer Interessen gestellt.

Grundsätzlich bestehen zwei Möglichkeiten, mit denen veränderte globale Kräfteverhältnisse im Sinne einer erneuerten Weltordnung gelöst werden können: eine diplomatische und eine kriegerische. Das Vorgehen auch der westlichen Länder lässt die Option einer diplomatischen Lösung in weite Ferne rücken.

Drittens wird die gegenwärtige Krise in den Ländern des Westens auch innerpolitisch ausgetragen. In Deutschland hatte Bismarck in der Folge der Reichsgründung einen Klassenkompromiss zwischen der aufkommenden Bourgeoisie, den wachsenden Organisationen der Arbeiterklasse und reaktionären Kräften von Großgrundbesitzern, Bauern und Handwerkern einen Klassenkompromiss moderiert (vgl. Karuscheit 2014, 33ff.). Diese widersprüchliche Übereinkunft brach in dem Moment auseinander, als sich nach dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 ein Zusammengehen der nunmehr reformistischen Sozialdemokratie mit den liberalen Kräften, insbesondere der Nationalliberalen Partei andeutete. Nunmehr isoliert führten die Konservativen, vor allem der preußische Militäradel, das Reich an den Rand einer Staatskrise, die sich im Ausbruch des Krieges entlud (ebd., 200ff.). Bekanntlich gab die Sozialdemokratie ihre noch Tage zuvor demonstrierte Antikriegshaltung auf, stimmte geschlossen für Kriegskredite und akzeptierte den vom deutschen Kaiser ausgerufenen Burgfrieden.

Doch abgesehen von den benannten Unterschieden wird der gegenwärtige Krieg gerade in den westlichen Ländern weniger durch eine innenpolitische Krise ausgelöst, sondern der Krieg selbst befeuert die Krise. Zwar hatte gerade Deutschland die Abkehr von einer nicht kriegerischen Außenpolitik schon ein knappes Vierteljahrhundert zuvor durch die Beteiligung an den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen in Jugoslawien und Afghanistan vollzogen. Und auch die Abwendung der jetzigen Regierung, insbesondere der SPD, von den Interessen ihrer originären Wählerklientel ist deutlich früher umgesetzt worden. Die Agenda 2010 *„als deutsches Umsetzungsprogramm im Rahmen des Lissabon-Prozesses*“ (Schwanholz, Krummel 2009, 151) war ebenfalls bereits rund 20 Jahre zuvor ins Werk gesetzt worden, worauf der Stimmenanteil der SPD bereits 2009 auf nicht vielmehr als die Hälfte des Niveaus von 1998 einbrach (vgl. Deutscher Bundestag 2021). Festgemacht an den Haushaltnettoeinkommen haben die Arbeitsmarktreformen der früheren rot-grünen Regierung zwar zu erheblichen ökonomischen Ungleichheiten geführt, mit der sich die oberen Einkommensgruppen deutlich abgekoppelt haben. Doch die mittleren Gruppen haben zumindest keine Einbußen davontragen müssen. Allein die unteren Dezile sind über lange Zeit abgehängt worden (vgl. Grapka 2022). Insofern war die Krise vor 2020, vor allem aber vor Ausbruch des Krieges »nur« eine Krise des sozialen Zusammenhalts gewesen. Jetzt aber schlägt sie auch ökonomisch durch, trifft nunmehr auch die bis vor Kurzem noch profitierenden Mittelschichten und verdoppelt ihre Dynamik angesichts einer längst fortgeschrittenen Erosion der politischen Regulation (vgl. Kap. 7 in diesem Text).

# 6. Globales Eskalationsrisiko

***Der Krieg und die indirekte Kriegsbeteiligung der NATO haben eine Situation zugespitzt, aus der weit gefährlichere Konstellationen hervorgehen können. Zudem müssen die europäischen Länder für Kosten aufkommen, die im Rahmen der eingeschlagenen Finanz- und Wirtschaftspolitik weder aufgebracht noch durchgesetzt werden können. Im Kontext einer weiteren Kriegseskalation drohen darum Konsequenzen für die demokratischen Verhältnisse in den betroffenen Staaten.***

Damit stellt sich die Frage nach dem Weitergang der Entwicklung. Allein bezogen auf den Ukrainekrieg ist es wahrscheinlich, dass er in der jetzigen Form noch geraume Zeit weitergeführt werden wird. Zwar machen das fortlaufende Sterben zehntausender Menschen, die Zerstörung von Städten und Infrastruktur sowie die immensen Militärausgaben für keinen der involvierten Staaten noch einen strategischen Sinn. Zumal die NATO mit dem Beitritt von Schweden und Finnland, ihrer Geschlossenheit im Kontext einer ungeahnten Willfährigkeit der europäischen Länder sowie einer Schwächung und Desavouierung der russischen Armee längst erheblichen Vorteil erlangt hat. Doch ein Waffenstillstand scheint allen Beteiligten noch zu riskant. Denn die politischen Verhältnisse sind nur noch vordergründig stabil. In beiden kriegführenden Ländern haben sich vor und während des Kriegs unterschiedlich autoritäre Regime entwickelt: Die Ukraine stand schon 2021 unter 177 bewerteten Ländern als „Hybrides Regime“ auf Platz 95 – Russland: Rang 140 – der Demokratiematrix (vgl. Forschungsprojekt Demokratiematrix 2022). Russland bekleidet unter 180 Ländern Platz 137 des Korruptionswahrnehmungsindex (Ukraine: Platz 116) und Platz 179 der Rangliste der Pressefreiheit (Ukraine: Platz 79) (vgl. Reporter ohne Grenzen 2023; Transparency International Deutschland e.V. 2023).

In Russland hat die Regentschaft Wladimir Putins auch unter dem Mantel seines zunehmend autoritären Regimes längst erhebliche Risse bekommen. Obwohl auch dort die Kriegsbefürwortung merklich zurückgeht (eine knappe Mehrheit befürwortet im November 2023 laut Umfragen des Levada-Centers und der Forschungsgruppe Russian Field Friedensverhandlungen (vgl. Kotlyarova 2023; Lothar, Huyn 2023)), wächst die Zustimmung für ein lange tradiertes und kampferfahrenes Netzwerk von militanten Ultranationalisten (vgl. Mitrokhin 2020), die die bisherige Kriegsführung als zu zaghaft erachtet (vgl. Sakhine, Smirnova 2023). Sollte es auf der Basis des jetzigen Frontverlaufs zu Friedensverhandlungen kommen, könnte diese Fraktion an Einfluss gewinnen. Damit steht die Gefahr einer Eskalation im Raum, mit der sich die Perspektive eines Atomkrieges zuspitzen kann.

Nach Ausbruch des Krieges wurden in der Ukraine im Rahmen des Kriegsrechts die Arbeitnehmer:innenrechte beschränkt[20] und 11 Parteien als prorussisch verboten.[21] Schon 2021 wurden mehrere Sender und Nachrichtenportale gesperrt und Ende 2022 ein Mediengesetz verabschiedet, das der Chef der ukrainischen Journalistengewerkschaft als „*Instrumente der Zensur*“ tituliert (vgl. Clasen

[20] 2022 wurde ein bereits 2021 vorliegendes Gesetz verabschiedet, welches das Tarifverhandlungsrecht in Betrieben mit weniger von 250 Beschäftigten abschafft. Zudem wird Unternehmen gestattet, Tarifrecht in Einzelarbeitsverträgen zu ignorieren und bis zu 10% der Belegschaft jederzeit abrufbar mit sog. Null-Stunden-Arbeitsverträgen einzustellen. (vgl. Balthasar 2022; Roth 2022). Außerdem sind weitere Gesetze zur Enteignung von Gewerkschaftsvermögen geplant und offenbar auch bereits umgesetzt (Perspektive online 2022).

[21] Darunter befindet sich die Union linker Kräfte und die Oppositionsplattform für das Leben, die bei der Parlamentswahl 2019 als stärkste Oppositionspartei immerhin 13 % der Stimmen erhielt (vgl. der SPIEGEL vom 21.03.2022; Hunko, Dagdelen 2022). Nicht von diesem Verbot betroffen sind die als rechtsextrem eingeschätzten Parteien Swoboda, Rechter Sektor und Nationales Korps (vgl. Umland 2020).

2022). Zudem gibt es auch hier mehr als ein Dutzend rechtsextremer Parteien, militärischer und paramilitärischer Gruppen mit im Jahr 2019 mehreren zehntausend Mitgliedern. Sie haben nach anfänglichen Wahlerfolgen nach dem Euromaidan zwar parlamentarisch an Bedeutung verloren, sind aber mit zum Teil direkten Verbindungen in die Regierung zunehmend gut organsiert (vgl. Umland 2020; Raabe 2019; Antifa-Infoblatt 2020; Bidochko 2020). Bereits vor 2022 wurden ein Erstarken dieser Bewegung, zunehmende Akzeptanz im politischen Mainstream und eine wachsende Gewaltbereitschaft beobachtet. Was geschieht in dem hochgerüsteten Land, wenn im Fall eines Waffenstillstands die Vergeblichkeit von (Stand August 2023) geschätzt allein 70.000 gefallenen Soldaten und über 100.000 Verletzten (vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 19.08.2023) offenbar würde?

Jedenfalls ist die Entwicklung des Landes nach Ende des Kriegsrechts von Hilfen zum Wiederaufbau abhängig. Kriege größeren Ausmaßes wie im Irak oder in Afghanistan haben sich auch nach ihrem förmlichen Ende in der Herausbildung extremistischer Gruppen, Bürgerkriegen oder dem Übergreifen auf andere Regionen fortgesetzt. Ausnahmen stellen wirtschaftliche Prosperitätsentwicklungen dar, wie sie nach 1945 in dem weitaus wirtschaftstärkeren Westdeutschland neben zahlreichen anderen Maßnahmen auch durch den Marshall-Plan umgesetzt wurden (vgl. Altvater, Hübner 1988, 8ff.).

Für den Wiederaufbau der Ukraine hat die Weltbank im Februar 2023 ein Volumen von 411 Mrd. USD veranschlagt (vgl. Poluschkin, Kirchner 2023, 6). Der ukrainische Ministerpräsident nannte bereits 2022 einen Betrag von 750 Mrd. USD (vgl. Brüggmann 2022). Wie solche Summen aufgebracht werden sollen, ist offen. Es liegt nahe, dass der wesentliche Anteil von der EU gezahlt werden soll. So versprach die EU-Kommission auf der Geberkonferenz im Juli 2023, eine Ukraine-Fazilität von 50 Milliarden EUR bis 2027 einzurichten (vgl. Pestel 2023). Doch abgesehen davon, dass damit nicht im Entferntesten der benannte Bedarf gedeckt werden kann, stellt sich bereits bei diesem Betrag die Frage der Finanzierbarkeit. Der gesamte EU-Haushalt für 2023 umfasst gebundene Verpflichtungen in Höhe von 186,6 Mrd. EUR. Für 2024 sind 185,96 Mrd. EUR eingeplant (vgl. Europäischer Rat 2023a; 2023b). Entsprechend wurde schon 2022 diskutiert, ob die Gelder für den Wiederaufbau durch eine zusätzliche Kreditaufnahme oder Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden sollen. Doch zumindest der deutsche Finanzminister lehnt zusätzliche Schulden strikt ab (vgl. Deutschlandfunk vom 05.07.2022). Beiträge der Mitgliedsstaaten können auf Grundlage des Stabilitäts- und Wachstumspakts also nur durch Einsparungen oder zusätzliche Steuern erbracht werden. Da das wohl kaum Steuern auf Vermögen, Unternehmensgewinne und Spitzeneinkommen sein werden, kann auch dies nur auf Kosten der lohnarbeitenden und transferabhängigen Bevölkerungen erfolgen. Es stellt sich die Frage, wie das politisch durchgesetzt werden soll. Zusammenhalt und Bestand der Europäischen Union könnten zur Disposition stehen. Als weitere Resultate sind die weitergehende Stärkung rechter Parteien und der Rückbau demokratischer Rechte zu befürchten.

In Deutschland ist zwar der Rückhalt für die militärische Unterstützung der Ukraine im ersten Kriegsjahr stabil geblieben (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2023b). Doch die abnehmende Aufmerksamkeit der medialen Öffentlichkeit im Zuge der Eskalation im Nahen Osten (vgl. Berliner Zeitung vom 11.11.2023) könnte bereits eine rückläufige Unterstützung andeuten. In den USA jedenfalls ist die Zustimmung für ein stärkeres Engagement laut Umfragen von CNN seit Beginn des Krieges von 62% auf 48% der Befragten rückläufig. 51% meinen, die USA hätten bereits genug getan und 55% sind gegen die Bereitstellung zusätzlicher Mittel (vgl. Agiesta 2023). Da zugleich die Mehrheit der Wähler:innen der Republikaner gegen eine Kriegsbeteiligung ist, lenkt dies den Blick auf die kommende Wahl. Da zwar beide Kandidaten, Biden und Trump, in Umfragen etwa gleichauf liegen, Trump aber in fünf von sechs Swing States führt, muss dessen neuerliche Wahl in Betracht gezogen

werden (vgl. Krieger 2023). Damit könnte ein schneller Abbruch des US-Engagements verbunden sein (vgl. Müller 2023); eine Möglichkeit, die von der deutschen Außenpolitik bisher offenbar kaum in Betracht gezogen wurde.

Zugleich ist schon jetzt offensichtlich, dass die Gefahr eines Weltkriegs auch nach einem Einfrieren des Krieges in der Ukraine nicht gebannt sein wird. Die Eskalation im Nahen Osten, der angesichts mittelbar beteiligter Länder – USA, Iran und Saudi-Arabien – die Gefahr eines großen Krieges, wenn nicht eines Weltkrieges in sich birgt (vgl. Rachman 2023), der latente Konflikt im Kosovo (vgl. Schmidt 2023) und die zugespitzte Kollision zwischen China und den USA, die sich um Taiwan zu entzünden droht,[22] sind bestimmt nicht die einzigen Brennpunkte einer weitergehenden Eskalationsgefahr.

# *7. Perspektiven einer zeitgenössischen Friedensbewegung*

***Nach Jahrzehnten des Neoliberalismus sind die verbindenden Institutionen der westlichen Nationalstaaten zersetzt. Ehemals in sozialen Milieus verankerte politische Lager haben sich in den westlichen Ländern zu inkonsistenten Strömungen gewandelt. Aus ihnen können politische Mehrheiten allein situativ auf Grundlage eindimensionaler Diskurse erlangt und gesellschaftliche Krisen nur kurzfristig und direktiv gelöst werden. In dieser Situation könnte eine Friedensbewegung erfolgreich sein, die in eine erodierte politische Landschaft hinein interveniert und punktuelle Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteuren mit einer kontextualisierten Analyse verbindet.***

Um einschätzen zu können, wie diese Krisensituation verarbeitet werden könnte und welche Perspektiven sich für eine Friedensbewegung ergeben, bedarf es eines eingehenderen Blicks in das Innere der westlichen Gesellschaften.

Hier haben die verbindenden Institutionen der USA und Europas ihre Integrationskraft nach Jahrzehnten des Neoliberalismus verloren. Greifbar wird dies an der sozialen und demokratischen Teilhabe in gesellschaftlichen Großorganisationen. Gewerkschaften, Parteien und Kirchen haben überall bis an die Hälfte ihrer Mitglieder verloren (vgl. Fulton 2015; Kölln 2014, 14ff Wiesendahl et al.2018; Altmann 2021; Dieke, Lesch 2021, 27f.). Da kaum noch jüngere Menschen in ihnen partizipieren (ebd., 29f.; Wiesendahl et al.2018, 313ff.), erleben wir das Ende eines auf Aushandlungen basierenden Politikstils. Dieser Prozess wird von der Kompetenzübertragung auf demokratisch wenig gestaltete Terrains wie die EU überlagert (Vgl. Schumann 2019; Senkel 2019; Hurrelmann 2008).

Dabei lässt sich in den betroffenen Ländern ein Prozess differenzierter Geschwindigkeiten ausmachen: Wo in den westlichen Ländern bestehende Institutionen ausgehöhlt wurden, haben sie sich in vielen osteuropäischen Staaten nach 1990/91 kaum wieder ausprägen können (vgl. Kohl 2008; HBS 2019; Fulton 2015; Helms 2008). Hier wurde die Ausprägung zivilgesellschaftlicher Institutionen durch neoliberale Schocktherapien, die Zerschlagung öffentlicher Institutionen und die Verschenkung

[22] In den USA und in Taiwan scheint man von einer solchen Entwicklung längst auszugehen. Dafür spricht nicht nur das viel zitierte Memo des AMC-Kommandeur Generals Minihan: „*Ich hoffe, dass ich mich irre, aber 2025 führen die USA mit China Krieg*“ (zit. n. Serif 2023). Auch der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze schätzt ein: „*Die Topbeamten in Washington, mit denen man spricht, reden zunehmend selbstverständlich über den kommenden Krieg in Asien. Es ist für viele keine Frage mehr, ob er kommt. Sondern nur noch, wann*.“ Und obwohl eine chinesische Invasion in Taiwan als unrealistisch eingeschätzt wird (vgl. Stevenson 2023), befürchten fast zwei Drittel der dortigen Bevölkerung einen Krieg mit China (vgl. Lill 2023).

Gemeineigentums (vgl. Kap. 2 in diesem Text) großenteils unterbunden. Damit haben die betroffenen Länder auch ihre politischen und kulturellen Traditionslinien zerschnitten. Parteien, Gewerkschaften und weitere Institutionen waren zu Beginn der Industrialisierung aus ländlichen, religiösen und ständischen Zusammenhängen entstanden und hatten sich in soziale Milieus, politische Lager und korporatistische Organisationen übersetzt (vgl. Hobsbawm 1961, 417ff.; Hachtmann 2022, 15ff.; Thompson 1987; Mooser 1984, 140ff.; Lorenz 2013, 14f.; Fülberth 1977, 18f.). Nach ihrer Auflösung erscheinen die betroffenen Gesellschaften in nie dagewesener Weise pulverisiert.

Zeitgleich sind Anbieter öffentlicher und sozialer Dienstleitungen in Folge der anhaltenden Austeritäts- und Privatisierungspolitik überall auf ein Minimum ihrer Kapazitäten geschrumpft.[23] Vielerorts sind sie kaum mehr in der Lage, einen Regelbetrieb zu gewährleisten. Im Fall einer Krise wie der Corona-Pandemie haben sich diese Apparate als überfordert erwiesen.

Auch inhaltlich haben die ehemals hegemonialen konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Lager ihre bindenden Ideologien abgestreift. Hinter einer nur noch symbolischen und plakativen Diversität hat sich die Kompetenz ihrer Repräsentanten auf mediale Selbstvermarktung und Lobbyismus verengt. Dies findet sein Spiegelbild im mentalen Zustand zeitgenössischer Intellektueller. Hier haben Ökonomisierung und Konkurrenzbeziehungen vielfach die konformistische Umsetzung von Auftragsvorgaben an die Stelle einer kollektiven Diskursproduktion gesetzt.

Aus diesem Grund lag schon in der Pandemiesituation eine zentralistische Steuerung nahe. Die nationalen Regierungen verfügten kaum mehr über eine soziale Fundierung zur demokratischen Einbindung von Sozialpartner:innen, überprofessionellen Expert:innen und kommunalen runden Tischen. Dabei verlief der Umgang mit der Pandemie überall nach einem längst ritualisierten Schema. Wie vor allen anderen Krisen, die den westlichen Kapitalismus erschüttern, war auch vor der wachsenden Gefahr einer solchen Pandemie gewarnt worden (Deutscher Bundestag 2013, 55ff.). Die WHO hatte bereits zur Jahrtausendwende zur Entwicklung nationaler Pandemiepläne aufgerufen (vgl. RKI 2017, 5ff.). Sie wurden aufgestellt und in länder- und ressortübergreifende Krisenmanagementübungen geprobt, hinsichtlich der enthaltenen Präventionsvorgaben aber nicht umgesetzt (vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen 2023, 135). 80% der Kommunen verfügten zu Beginn der Pandemie über keinen Notfallplan (vgl. Naumann 2020). *„Allein von 2000 bis 2014 sank die Beschäftigtenzahl des öffentlichen Gesundheitsdienstes von 39 Tsd. auf 29. Tsd.“* (Heinze 2020, 8). Als die Pandemie losbrach, waren die vorzuhaltenden personellen, materiellen und strategischen Reserven abgebaut worden (vgl. Heinze 2021, 3f.). Die nationalen Regierungen reagierten, als sei etwas Unvorhersehbares über sie hereingebrochen. Sie waren außerstande, Strategien zum Schutz vulnerabler Gruppen zu entwickeln[24] und gaben in jeder Phase den Interessen von Großunternehmen und Branchenvertretern nach. Zugleich setzte sich der Abbau von Kapazitäten des Gesundheitssystems auch während und nach der Pandemie fort (vgl. Pieper 2023). Zu kaum einem Zeit-

[23] Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung errechnete für Deutschland bereits 2019 einen nachholenden Investitionsbedarf von mindestens 450 Mrd. EUR für Bildung, Verkehr, Kommunikationsnetze und Dekarbonisierung bis 2023 (vgl. Barth et al., 3).

[24] Bis zum 16.11.2022 waren in Deutschland 64,6% der nachweislich an COVID-19 verstorbenen Personen in Deutschland laut RKI über 80 und 85% über 70 Jahre alt (Statista 2022a; eigene Berechnung). Laut dem aktuellen Pflegereport der BARMER waren *„in der ersten und zweiten Welle (…) mehr als die Hälfte der mit COVID-19 Verstorbenen Pflegebedürftige im Pflegeheim.“* (Rothgang, Müller 2022, 159).

punkt waren in Deutschland mehr Intensivbetten mit Covid-19-Patienten belegt als während der Pandemie zumindest nominal abgebaut wurden (vgl. DIVI-Intensivregister 2023). Zugleich ließ sich nach drei Jahren grassierender Pandemie konstatieren: Ihre Auswirkungen unterschieden sich im internationalen Vergleich vor allem nach dem Zustand der Gesundheitssysteme.[25] Resultat war eine mehrfache Panikreaktion, mit der die jeweils längst fortgeschrittene Infektionsentwicklung durch die Inthronisierung einer „*Top-Down-Struktur*" eingehegt werden sollte und die „*Legitimierung durch Prozesssicherheit (…) schlagartig außer Kraft gesetzt und (…) bis heute beschädigt*" wurde (Initiative Pandemieaufarbeitung 2023, 7). Während dies in Deutschland noch moderat umgesetzt wurde, haben andere europäische Staaten wie Italien, Frankreich und Spanien autoritärere Maßstäbe gesetzt. Diese erratische Entwicklung ist Teil des öffentlichen Gedächtnisses geworden. Die bislang aufrechterhaltene westliche Liberalität könnte auf Grundlage dieser Erfahrung in künftigen Krisen eingeschränkt werden.

Im Zuge dieser institutionellen Zersetzung haben sich auch die politischen Parteien verändert: Teils unter dem Etikett etablierter Parteien, teils in Form von Neugründungen oder dem Kapern tradierter Strukturen zeichnet sich in allen westlichen Ländern längst eine Transformation von politischen Lagern zu inkonsistenten Strömungen ab. Sie haben kaum mehr etwas mit den politischen Milieus der westlichen Nachkriegsgesellschaften zu tun. Vielmehr markieren sie den neuen Stil einer flüssigen Agenda, mit der allenfalls kurzfristige Topics lanciert werden können. Dabei haben sich in den betroffenen Ländern nach dem Muster der französischen Parlamentswahlen 2022 (vgl. Piketty 2022) drei ideologische Richtungen ausgeprägt:

Dies ist zunächst eine west-konservative Strömung, wie sie in Frankreich durch Emmanuel Macron und in Deutschland von den vormaligen Volksparteien und den GRÜNEN mit den Images unterschiedlicher Traditionslinien repräsentiert wird. Ihre Protagonist:innen unternehmen den Versuch, die Umverteilungsgewinne der neoliberalen Epoche (vgl. WSI 2020) zu konservieren und wachsende Widersprüche durch die Erzählung einer übergreifenden westlichen Identität anstelle von Nationalkonstruktionen zu überdecken. Die Strömung ist dabei jedenfalls eurozentristisch[26] und schottet sich gegenüber Geflüchteten aus nicht europäischen Ländern ab .[27] Die west-konservative Strömung fungiert als treibende Kraft des um den Ukraine-Krieg entfachten Bellizismus.

---

[25] In Deutschland kamen bis zum 10.03.2023 auf eine Mio. Einwohner:innen (Stand 2022) rund 2030, in Frankreich 2448, in Italien 3190 und in Griechenland 3325 nachweislich an Covid-19 verstorbene Personen. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf lagen 2020 bei 5.192 EUR (D), 4.160 EUR (F), 2.690 EUR (I) und 1.469 EUR (GR). Im viel beachteten Schweden kamen auf eine Mio. Einwohner:innen rund 2275 an Covid-19 Verstorbene bei Gesundheitsausgaben von 5.260 EUR pro Kopf (Eurostat 2022a; 2023b; John Hopkins University 2023; eig. Berechnung). Angesichts der in allen europäischen Ländern vorgenommenen Einsparungen und Umstrukturierungen im Gesundheitssystem, mit denen in Ländern wie Italien und Schweden rund die Hälfte der verfügbaren Krankenhausbetten abgebaut und in den südeuropäischen Ländern die öffentlichen Gesundheitsausgaben drastisch reduziert wurden (vgl. Eurostat 2022; HBS 2015), hätten also sichtlich viele Todesfälle vermieden werden können.

[26] Erfreulicher, zugleich aber auch kurioser Weise sind im Gegensatz zu der Situation von 2015/2016 xenophobe Proteste gegen die Zuwanderung geflüchteter Menschen aus der Ukraine weitgehend ausgeblieben, obwohl deren Zahl die Zuwanderungen von 2015/16 deutlich übertrifft (vgl. Statistisches Bundesamt 2023). Auch auf der Homepage der AfD blieben im April 2023 rassistische Aussagen zur Zuwanderung auf Migrant:innen aus Afrika und einen grundsätzlichen Antiislamismus beschränkt.

[27] Die Zahl der Asylanträge geflüchteter Menschen, die nicht aus der Ukraine kommen, ist nach 2016 geradezu implodiert und 2020 mit 122.170 unter das Niveau von 2013 gefallen. Erst ab 2022 steigt sie wieder mode-

Daneben ist in allen betroffenen Ländern mit rasanter Geschwindigkeit ein rechter Sektor mit unterschiedlich radikaler Ausrichtung gewachsen (vgl. Rettich 2023; Bauer 2016). In ihm paaren sich offen artikulierter Rassismus mit vordergründigen Forderungen nach Frieden und Freiheit, die ihrem bloßen Wortlaut nach einmal zum Repertoire einer postmaterialistischen Linken gehörten. Dabei sind gerade die ökonomischen Zielsetzungen hoch differenziert. Sie reichen von protektionistischen Bestrebungen der unter Donald Trump neu formierten Republikaner bis zur vorbehaltlosen NATO- und EU-Orientierung der italienischen Rechtsregierung (vgl. Wermke 2022). Doch in keiner Ausprägung ist je der Bezug zu solidarischen Kollektiven aufgetaucht. Entsprechend verengt sich die scheinbare Friedensprogrammatik auf einen nationalstaatlichen Militarismus (wie ihn die AfD (2021, 67) als Wiederherstellung der *„besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte“* propagiert), in dem supranationale Bündnisse wie die NATO eine nachgeordnete Rolle spielen.

Die dritte Strömung ist linkspopulistisch mit heterogener Programmatik. Sie bedient sich tradiert linker Verteilungsfragen, die sehr unterschiedlich mit nationalen und libertär-internationalistischen Positionen des ehemals grün-alternativen Lagers durchsetzt sind. Das Gleiche gilt für die wirtschaftspolitische Ausrichtung, wo neben protektionistische Modelle auch internationalistische Ausrichtungen treten (vgl. Louven 2016; Tutt 2023; Chwala 2023; Janssen 2014, 44ff.).

Gemeinsam ist diesen Strömungen, dass sie über eine dünne organisatorische Basis und nur schwach verankerte und in der Praxis oft widersprüchliche Programmatiken verfügen. Damit hat sich längst eine Abkehr von einem integrativen Politikstil vollzogen. Die langfristige Adaption eingebrachter Themen und Forderungen, wie sie die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung der 1980er Jahre auslöste, macht für zeitgenössische Politik keinen Sinn. Der erratische Wechsel von Themen steht einer langfristigen Integration von Interessengruppen entgegen und wird durch die diskursive Erzeugung immer neuer Feinbilder ersetzt.

*

In diesem Kontext Forderungen an eine Friedensbewegung zu stellen, heißt anzuerkennen, dass es sie auch nach anderthalb Jahren des Krieges kaum gibt. Gäbe es sie, könnte sie sicher erfolgreich sein. Doch das wenige, was in den vergangenen anderthalb Jahren an Demonstrationen und Initiati-

---

rat an (vgl. Mediendienst Migration 2022a). Dabei war die Zahl der Asylsuchenden seit 2016 in keiner anderen Weltregion außer Europa permanent rückläufig (UNCR zit. nach Statista 2022b), obwohl sich die Zahl der weltweit gewaltsam vertriebenen Menschen seitdem kontinuierlich um rund 40% erhöht hat (vgl. UNO-Flüchtlingshilfe 2022). Trotzdem bekräftigten die Regierungschefs der EU auf ihrem Gipfel am 10.02.2023 das Ziel, die Grenzen stärker durch Überwachungstechniken und die Aufstockung des Frontex-Personals zu sichern. Der u.a. geforderten Erweiterung der mittlerweile auf 2000 km angewachsenen Grenzzäune wurde bislang noch nicht entsprochen (vgl. Riegert 2023). Die nunmehr beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sieht sog. Außengrenzverfahren unter haftähnlichen Bedingungen für Flüchtlinge (auch Kinder) ohne gültige Papiere und/oder aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von unter 20 % sowie die Abschiebung in sog. sichere Drittstaaten vor. Die Kriterien für diese Länder, die die Betroffenen auf ihrer Flucht passiert haben, sollen so weit aufgeweicht werden, dass nicht einmal mehr die Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention notwendig ist (vgl. Pro Asyl 2023; Geuter et al. 2023). Damit erinnert die Reform in einigen Punkten an die Forderungen aus dem Parteiprogramm der AfD von 2016 (Alternative für Deutschland 2016, 58ff.).

Ukrainische Staatsangehörige müssen dagegen kein Asylverfahren durchlaufen und erhalten reguläre Leistungen u.a. nach dem SGB II (Mediendienst Integration 2022b).

ven stattgefunden hat, geht wesentlich auf Einzelpersonen und auf Netzwerke aus den 1980er Jahren zurück. Wenn es derzeit also überhaupt eine Friedensbewegung gibt, so ist sie weitgehend eine Senior:innenbewegung, deren einstige Bündnispartner:innen sich zu Gegnern entwickelt haben.

Dies betrifft zentral die west-konservative Strömung, deren Vorreiter in Deutschland mittlerweile die GRÜNEN darstellen. Deren Traditionslinie reicht zurück in die Neuen Sozialen Bewegungen und damit auch in die Friedensbewegung, die sich in den 1980er Jahren aus den gebildeten Mittelschichten rekrutierten (vgl. Rucht 2021, 65ff.). Mittlerweile verfügt die Wähler:innenschaft der GRÜNEN über ausnehmend hohe Einkommen (vgl. Decker 2023), macht sich um die Zukunft des eigenen Lebensstandards die wenigsten Sorgen und tritt mit einem Zustimmungswert von 91% am vehementesten für Sanktionen und eine Fortsetzung der eingeschlagenen Russlandpolitik ein (vgl. tagesschau vom 27.09.2021a und b; Statista 2023k). Auch diese Strömung sieht sich durch die entstandene Konkurrenz auf dem Weltmarkt bedroht, den sie als Kampf der Systeme und Bedrohung der eigenen Privilegien auslegt. Auf die konservative Entwicklung der Strömung geht auch die bellizistische Diskursverschiebung zurück. Sie beansprucht moralische Überlegenheit und tritt aggressiver gegenüber Umverteilungsverlierer:innen, geflüchteten Menschen mit nicht europäischem Migrationshintergrund und Kriegsgegner:innen auf. Dabei wird oft eine Nähe zur rechtpopulistischen Strömung (was mitunter auch stimmt) und eine gegenüber der Klimapolitik feindliche Gesinnung unterstellt. Praktisch privatisieren die West-Konservativen die Kosten des ökologischen Umbaus, indem sie seinen Erfolg an individuellem Verhalten bemessen und den ausschlaggebenden Faktor einer verwehrten Klimagerechtigkeit ignorieren. Protagonist:innen dieser Strömung sind für eine Friedensbewegung kaum noch in Einzelfällen zu gewinnen. Sie kann darum nur mit ihren eigenen Widersprüchen – einer restriktiven Asylpolitik, Waffenlieferungen an kriegsführende Länder wie Saudi-Arabien (vgl. die ZEIT vom 08.07.2023), Gasabkommen mit völker- und menschenrechtsverletzenden Staaten wie Katar und Aserbaidschan (vgl. Sukiasyan 2022) oder der Verweigerung einer Patentfreigabe für Impfstoffe an die Länder des Südens (Ärzte ohne Grenzen 2022; Richter-Kuhlmann 2022) – konfrontiert werden.

Gegenüber der rechten Strömung haben sich Aktivist:innen lange darauf beschränkt, einen Gegensatz zwischen »rechts« und »Zivilgesellschaft« zu betonen. Aber wie kann das aufrechterhalten werden, wenn das west-konservative Lager nun selbst eine restriktive Asylpolitik verficht und sich die AfD in Deutschland als einzige „*Friedenspartei*“ (AfD NRW 2023) inszeniert? Hier ist eine intensivere Auseinandersetzung zu empfehlen. Denn die AfD ist keine Friedenspartei. Sie steht für die massive Aufrüstung der Bundeswehr und eine Rückkehr zum deutschen Militarismus und streitet intern sogar über die atomare Aufrüstung Deutschlands (vgl. Joswig 2022). Zudem zeigen Beispiele der Schwesterparteien der italienischen »Lega« und des »Rassemblement National«, wie schnell außenpolitische Positionen revidiert werden, wenn die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung nur in Sichtweite gerät (vgl. Meister 2023; Straub 2022). Gerade die AfD hat sich in den vergangenen Jahren radikalisiert (vgl. Schroeder, Weßels 2023). Zugleich ist die absurde Situation entstanden, dass die Anhänger der rechten Strömung immer häufiger den abgehängten Teil der Gesellschaften repräsentieren. AfD-Wähler sind gegenüber dem Durchschnitt doppelt so häufig arbeitslos, weisen niedrigere Schul- und Ausbildungsabschlüsse auf, treffen ihre Wahlentscheidung am häufigsten aufgrund von Enttäuschung, sind stärker von sozialen Abstiegsängsten betroffen und betrachten ihre wirtschaftliche Situation öfter als schlecht. Sie haben unter allen Wähler:innengruppen die kritischste Position gegenüber Sanktionen und der Russlandpolitik der Bundesregierung (vgl. ebd., 22ff.; tagesschau vom 27.09.2021a und b; Statista 2023k). Doch die AfD tritt als neoliberale Umverteilungspartei ebenso

wie die anderen europäischen Parteien der rechten Strömung nicht für die Interessen ihrer Anhänger*innen ein (vgl. Fratzscher 2023). Ihre Positionen müssen darum inhaltlich bekämpft werden. Das stellt jede Friedensbewegung vor die kaum lösbare Aufgabe, in strikter Abgrenzung zur rechten Strömung auf eine Klientel zuzugehen, die zuvor niemals von ihr erreicht werden konnte.

Ein Bezug zu der linken Strömung gestaltet sich ambivalenter: Zunächst haben sich die Gewerkschaften für ein sofortiges Ende des russischen Angriffskriegs, zugleich aber auch für Verhandlungen, Abrüstung und gegen Waffenlieferungen positioniert (DGB 2023; IGM 2023; GEW 2022). Trotzdem hat es kaum Mobilisierungen gegen den Krieg, wohl aber gegen seine materiellen Auswirkungen für Lohnabhängige gegeben. Schließlich gibt es mit der geplanten Neugründung einer Partei um das »Bündnis Sarah Wagenknecht« (BSW) die Tendenz zu einer neuen Friedensbewegung. Doch die Zukunft der Initiative ist ungewiss. Zwar überscheiden sich die Wähler:innenpotenziale gegenüber der Linkspartei weniger stark als angenommen (vgl. Candeias 2023). Trotzdem könnte die Neugründung das linke Lager in Deutschland auch implodieren lassen. Das BSW verfügt über kaum eine Mitgliederbasis und ein noch schwach konturiertes Programm. Wagenknecht selbst schließt Koalitionen selbst mit der CDU im Osten noch vor der Parteigründung nicht aus (vgl. Tagesspiegel vom 25.10.2023; der SPIEGEL vom 25.10.2023). Insgesamt steht die linke Strömung in einem Spannungsfeld zwischen dem west-konservativen Block und einer möglichen Friedensbewegung. Die Angst, in einer medial kollabierenden Situation mit Corona-Leugnern und Putin-Sympathisanten in einen rechtspopulistischen Topf geworfen zu werden, hat viele kritische Positionen in der Pandemie- und der Kriegssituation unterbunden. Trotzdem wird es wesentliche Verschiebungen innerhalb dieser Strömung geben. Zunächst erscheint die Rückführung der SPD in die linke Strömung nicht mehr denkbar. Nachdem alle Versuche, die Partei auf sozialdemokratischen Kurs zurückzuführen seit 2017 gescheitert sind, besteht kaum Aussicht auf eine kritische Aufarbeitung der laufenden Legislaturperiode. Selbst wenn damit noch nicht der Fall in die Bedeutungslosigkeit verbunden sein sollte – den Gewerkschaften geht trotz personeller Verflechtungen endgültig ein tradierter Bündnispartner verloren. Zugleich werden sich verteilungspolitische Kämpfe verschärfen.

Eine mögliche Friedensbewegung steht darum vor völlig neuen inhaltlichen und organisatorischen Herausforderungen:

- Die Gefahr eines Weltkriegs, einer autoritären Rechtsentwicklung und einer strukturellen Rezession in Europa haben sich derart zugespitzt, dass keine Zeit mehr für Auseinandersetzungen jenseits grundlegender Zielsetzungen bleibt. Eine Friedensbewegung kommt darum nicht umhin, Bündnisse mit allen nicht menschenfeindlichen gesellschaftlichen Gruppen eingehen, die sich für eine globale Friedenspolitik, eine progressive Umverteilung und/oder eine verteilungsgerechte Klimawende einsetzen. Zusammenschlüsse dieser Art werden zunächst kaum über die schmalen Gemeinsamkeiten einer Kampagnenpolitik hinauskommen können.

- Trotzdem bedarf es einer inhaltlichen Analyse, die Kriege jenseits eines zeitgenössischen Moralisierens als imperialistische Kriege im Kontext globaler Kämpfe um Einflussgebiete identifiziert. Kein einziger der geführten politischen Kämpfe hat für sich genommen Erfolgschancen, wenn er sich nicht in ein komplexeres Krisenverständnis einbindet. Es wird keine Klimawende ohne Verteilungsgerechtigkeit, keinen Frieden ohne nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, keinen Kampf gegen Rechtsextremismus ohne soziale Alternativen und keine sozialen Alternativen jenseits einer globalen Friedensordnung geben.

- Damit kämpft jede ernsthafte Friedensbewegung auch gegen die Kultur eines eindimensionalen Denkens, deren zeitgenössische Resultate oft in allein etikettierenden Lösungsschimären bestehen. Doch ein nur verbaler Internationalismus schafft keine gerechten Wirtschaftsbeziehungen, ein nur semantischer Antirassismus kein Asylrecht und eine bellizistische Friedenspolitik keinen Frieden. Nach Jahrzehnten folgenloser Geschwätzigkeit scheint die Wirklichkeit nun zurückzuschlagen und die Resultate einer lang überdeckten Ignoranz freizulegen. Insofern hat jede ernsthafte Friedensbewegung zugleich gute wie schlechte Karten. Denn die Zeit einer reinen Verbalpolitik geht zu Ende. An ihre Stelle kann praktische Aufklärung oder ein autoritäres Narrativ treten.

- Im Gegensatz zu den 1980er Jahren leben wir nicht mehr in einer Welt systemischer Alternativen. Auch wenn es schon damals zweifelhaft war, in der Sowjet-Union einen positiven Gegenentwurf auszumachen, so ist eine solche Bezugnahme heute absurd. Eine Friedensbewegung ist gut beraten, sich in den laufenden und sicher noch ausstehenden Kriegen nicht auf die Seite Xi Jinpings oder Wladimir Putins zu schlagen. Beides sind Repräsentanten autoritärer imperialistischer Staaten. So wie es ohnehin schwer sein würde, Staaten zu finden, deren Regierungen progressive Gegenentwürfe umsetzen. In einer immer noch globalisierten Welt sind Wirtschaftsmodelle außerhalb der gegebenen Blöcke und ihrer imperialen Interessen kaum möglich. Internationale Bündnisse werden nur mit sozialen Bewegungen im Inneren von Nationalstaaten und über deren Grenzen hinaus sinnhaft sein können.

- Trotzdem kann eine globale Friedensordnung im nuklearen Zeitalter nur zwischen den gegebenen Großmächten ausgehandelt werden. Die bloße Forderung nach einem Ende des Kriegs in der Ukraine greift darum zu kurz. Auch dieser Krieg ist symptomatischer Ausdruck, nicht Kern des Problems der derzeit weltweiten Militarisierung. Friedensbewegungen müssen darum zu komplexen Analysen imperialer Konflikte zurückfinden und die Aushandlung einer Friedensordnung zwischen den Machtzentren China, Russland, den USA, Indien und mit nachlassender Relevanz der EU einfordern.

- Im Kontext der derzeitigen globalen Kräfteverhältnisse nehmen Deutschland und die EU eine abständige Position ein. Das heißt, dass der einmal gegebene Wohlstand auf Grundlage ausbeutender Wirtschaftsbeziehungen mit dem globalen Süden nicht wieder hergestellt werden kann. Mit der Aufgabe einer eigenständigen Außenpolitik zerfällt zudem das diplomatische Gewicht dieser Länder. Darum wird auch die Form eines »paternalistischen Internationalismus« nicht wieder hergestellt werden können. Frühere Bewegungen sahen sich in der profitierenden Sphäre eines imperialen Weltwirtschaftssystems. Und auch wenn es kaum thematisiert wurde, so entstand ein früherer Antiimperialismus aus dem Bewusstsein von Wohlstand und globaler Hegemonie. Man appellierte an einen Staat und eine Gesellschaft, von der man überzeugt war, dass sie die globalen Verhältnisse allein aufgrund ihres ökonomischen Gewichts würde beeinflussen können. Ein künftiger Antiimperialismus muss sich aus einer defensiveren Position heraus positionieren.

- Die kulturellen und politischen Kontexte der westlichen Gesellschaften sind zerfallen und einem Stakkato eindimensionaler Deutungsmuster gewichen. Nach Jahrzehnten immer gleicher politischer Reaktionen, nie eingelöster Versprechen, vorhersehbarer Krisen, phantasieloser Innovationen und kultureller Verödung gerät die Welt erneut in Bewegung und zwingt

die sozialen Akteure zu gemeinsamem Handeln. Zu erinnern ist an die Bewegungen und Revolutionen von 1789, 1848, 1918 und 1968. Scheinbar aus dem Nichts sind in diesen wenigen Momenten historischer Aufbrüche, Bewegungen, Weltverständnisse und kulturelle Ausdrücke entstanden. Doch Utopien gedeihen niemals allein aus Gedanken. In Momenten des Aufbruchs wachsen sie in praktischer Auseinandersetzung mit einer bewegten Welt – und dies oft tausendfach schneller als in Jahrzehnten des Stillstands. Ohne bewegte Verhältnisse hätte es keine Aufklärung, keine politische Ökonomie, keinen Beethoven und keine Gegenkulturen gegeben. Zwar sind frühere Bewegungen niemals vom Himmel gefallen, sondern haben sich erst durch die Bildung kommunikativer und praktischer Zusammenhänge entwickelt. Doch auch wenn die Welt sichtlich auf einen Abgrund zusteuert – eine Friedensbewegung muss in bewegte Verhältnisse intervenieren.

# Literatur:


Adomeit, H. (2018): NATO-Osterweiterung: Gab es westliche Garantien? Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 3/2018 der Bundesakademie für Sicherheit, https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2018_03.pdf, 10.03.2023.

Adomeit, H./ Richter, W. (2005): Die »gemeinsamen Räume« Rußlands und der EU. Wunschbild oder Wirklichkeit? SWP-Studie 34/2005, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2005_S34_adm_ldr_ks.pdf, 21.09.2023.

(AfD) Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf, 12.10.2023.

(AfD) Alternative für Deutschland (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf, 18.11.2023.

(AfD NRW) Alternative für Deutschland Landesverband NRW (2023): Die AfD ist die Friedenspartei!, https://afd.nrw/aktuelles/2023/02/85297/, 19.11.2023.

Agiesta, J. (2023): CNN Poll: Majority of Americans oppose more US aid for Ukraine in war with Russia, https://edition.cnn.com/2023/08/04/politics/cnn-poll-ukraine/index.html, 15.11.2023.

Akkoyun 2023): Putsch-Welle in Westafrika: Warum Frankreichs Einfluss nun schwindet, in: FR vom 06.09.2023, https://www.fr.de/politik/gabun-niger-putsch-afrika-frankreich-kolonien-macron-nguema-experten-kritik-zr-92503755.html, 11.11.2023.

Aksoy, H. A. (2022): Türkische Angriffe in Syrien: Warum Ankara mit einer Bodenoffensive droht, https://www.swp-berlin.org/publikation/tuerkische-angriffe-in-syrien-warum-ankara-mit-einer-bodenoffensive-droht, 03.10.2023.

Altmann, M. (2021): Christentum global: Was ein Blick auf Statistiken und Prognosen verrät, https://www.katholisch.de/artikel/30256-christentum-global-was-ein-blick-auf-statistiken-und-prognosen-verraet, 02.11.2022.

Altvater, E./ Hübner, K. (1988): Das Geld einer mittleren Hegemonialmacht - Ein kleiner Streifzug durch die ökonomische Geschichte der BRD, in: In: PROKLA 18/4, 6-36.

Antifaschistisches Infoblatt (2020): Die Ukraine – Sehnsuchtsort der extremen Rechten.

Ärzte ohne Grenzen (2022): Covid-19: NGO-Bündnis kritisiert Habecks Meinungswechsel zu Patentaussetzung, https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/covid-19-habeck-impfstoffe-patente, 18.11.2023.

Balthasar, E. (2023): Ukraine: Angriff auf Arbeitnehmer*innen im Schatten des Krieges. Deutscher Gewerkschaftsbund, https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/internationale-und-europaeische-gewerkschaftspolitik/++co++e2ba94b4-38dd-11ed-a5c9-001a4a160123, 09.11.2023.

Barth, H. / Dullien, S./ Hüther, M./ Rietzler, K. (2019): „Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!“ Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK): IMK Report Auf einen Blick 152, November 2019, https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_152_2019.pdf, 15.09.2023.

Bauer, W. T. (2016): Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung” (ÖGPP), https://politikberatung.or.at/fileadmin/_migrated/media/Rechtspopulismus_01.pdf, 27.10.2023.

Baur, A./ Fuest, C./ Gstrein, D./ Heil, P./ Potrafke, N./ Rochell, A. (2023): Die Betroffenheit der deutschen Wirtschaft durch den US-Inflation Reduction Act. Kurzexpertise im Rahmen des BMF-Forschungsauftrags 3/19, https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Publikationen/gutachten-betroffenheit-der-deutschen-wirtschaft-durch-den-us-inflation-reduction-act-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=4, 27.09.2023.

Beck, S. (2006): Mit Exporten aus der Wachstumskrise? – Das deutsche Modell in der Globalisierung, in: WSI-Mitteilungen 1/2006, https://www.wsi.de/data/wsimit_2006_01_beck.pdf, 21.09.2023, S. 28-34.

Beckmann, H. (2023): Europas Industrie retten - ohne Schulden? Tagesschau vom 01.02.2023, https://www.tagesschau.de/kommentar/eu-green-deal-industrie-103.html, 30.09.2023.

Berliner Zeitung vom 17.09.2023: US-Generalstabschef: Gegenoffensive der Ukrainer ist nicht gescheitert, https://www.berliner-zeitung.de/news/us-general-mark-milley-gegenoffensive-der-ukrainer-ist-nicht-gescheitert-li.417681, 03.10.2023.

Berliner Zeitung vom11.11.2023: Schatten des Gaza-Krieges: Ukraine-Helfer ringen um Präsenz, https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/schatten-des-gaza-krieges-ukraine-helfer-ringen-um-prasenz-li.2157805, 17.11.2023.

BertelsmannStiftung (2023): Halbzeitbilanz der Ampel-Regierung: Koalition setzt trotz Streits viele Versprechen um, https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/september/halbzeitbilanz-der-ampel-regierung-koalition-setzt-trotz-streits-viele-versprechen-um#detail-content-grid-237398, 03.11.2023.

(BDI) Bundesverband der deutschen Industrie (2022): Vergleich und Erfahrungen US vs. EU Chip Act, https://bdi.eu/publikation/news/vergleich-und-erfahrungen-us-vs-eu-chips-act, 30.09.2023.

(BICC) Bonn International Centre for Conflict Studies/ (HSFK) Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/ (IFSH) Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/ (INEF) Institut für Entwicklung und Frieden Universität Duisburg-Essen (2022): 2022 / Friedensfähig in Kriegszeiten / friedensgutachten, Bielefeld.

Bickenbach, F./ Wan-Hsin, L. (2021): Chinas neuer Fünfjahresplan: Wirtschaftliche Kernelemente und Implikationen für Deutschland und Europa, Institut für Weltwirtschaft Kiel, https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/2021/chinas-neuer-fuenfjahresplan-wirtschaftliche-kernelemente-und-implikationen-fuer-deutschland-und-europa-0/, 22.11.2022.

Bidder, B. (2010): Kreml liebäugelt mit Nato-Beitritt, in: der SPIEGEL vom 01.09.2010, https://www.spiegel.de/politik/ausland/sicherheitspolitik-kreml-liebaeugelt-mit-nato-beitritt-a-716328.html., 01.10.2023.

Bidochko, L. (2020): Analyse: Rechtsradikale Musik in der Ukraine, https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/317989/analyse-rechtsradikale-musik-in-der-ukraine/, 11.11.2023.

(BMWK) Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. September 2023. Monatsbericht, https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-09-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=6, 21.09.2023.

Brüggmann, M. (2022): Ukraine: Wiederaufbau kostet 750 Milliarden Dollar, in: Handelsblatt vom 24.10.2022, https://www.handelsblatt.com/politik/international/russlands-angriffskrieg-ukraine-wiederaufbau-kostet-750-milliarden-dollar/28764662.html, 17.11.2023.

Bundesnetzagentur (2023: Aktuelle Lage Gasversorgung, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/aktuelle_gasversorgung/_svg/Gasimporte/Gasimporte.html, 22.12.2023.

Bundesrechnungshof (2023): Sondervermögen: Anzahl und finanziellen Umfang reduzieren, https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2023/sondervermoegen-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=6, 04.10.2023.

Bundesverfassungsgericht (2023): Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2021 ist nichtig. Pressemitteilung Nr. 101/2023 vom 15. November 2023, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-101.html;jsessionid=06F82C562FD358AF599FCD0633E0B4AE.internet951, 16.11.2023.

Bundeswehr.de (2022): 35 Mal neueste Generation: Die Luftwaffe fliegt bald den F-35 Kampfjet, https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/aktuelles/f-35-fuer-deutschland-5539830, 21.03.2023.

Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Vor 5 Jahren: Ende der Ein-Kind-Politik in China, https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/317830/vor-5-jahren-ende-der-ein-kind-politik-in-china/, 20.11.2023.

Bundeszentrale für politische Bildung (2023a): Deutschland: Entwicklung des Außenhandels, https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52842/deutschland-entwicklung-des-aussenhandels/, 21.09.2023.

Bundeszentrale für politische Bildung (2023b): Umfragen: Die Haltung der deutschen Bevölkerung zum Krieg gegen die Ukraine: Waffen, Sanktionen, Diplomatie. Russland-Analyse Nr. 437, https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-437/521589/umfragen-die-haltung-der-deutschen-bevoelkerung-zum-krieg-gegen-die-ukraine-waffen-sanktionen-diplomatie/, 15.11.2023.

Busch, A. (2021): Europa droht den Anschluss in Südamerika zu verlieren. Wenn die europäische Industrie nicht aufpasst, laufen ihr asiatische Wettbewerber endgültig den Rang in Lateinamerika ab. Nicht nur China drängt, in: Handelsblatt vom 17.10.2021; https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-europa-droht-den-anschluss-in-suedamerika-zu-verlieren/27704668.html, 10.03.2023.

Candeias, M. (2023): Kaum Überschneidungen zwischen Wähler*innenpotenzial. Aktuelle repräsentative Umfrage zeigt Unterschiede zwischen der Partei DIE LINKE und BSW, https://www.rosalux.de/news/id/51251/kaum-ueberschneidungen-zwischen-waehlerinnenpotenzial, 17.11.2023.

Chancel, L. (2021): Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2022, https://wir2022.wid.world/www-site/uploads/2021/12/Summary_WorldInequalityReport2022_German.pdf, 05.10.2023.

Charrier, L. (2023): Gebrochene Achse. Die Konfrontation zwischen Paris und Berlin kommt immer klarer zum Vorschein. Insbesondere Frankreich hadert mit seiner neuen geopolitischen Rolle. Journal für Internationale Politik und Gesellschaft vom 20.03.2023, https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/gebrochene-achse-6578/, 03.10.2023.

Chwala, S. (2023): Stabil und links, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/stabil-und-links-der-populismus-von-la-france-insoumise/, 22.12.2023.

Clairmont, F.F. (1999): Die Internationale der Plünderer. Sektion Russland, in: le monde diplomatique vom 12.03.1999.

Clasen, B. (2022): Neues Mediengesetz in der Ukraine: „Instrumente von Zensur“, in: taz vom 18.12.2022, https://taz.de/Neues-Mediengesetz-in-der-Ukraine/!5900479/, 10.11.2023.

Claußen, A. (2022): Klimakiller Krieg. Der Angriff auf die Ukraine hat die Klimadebatte vom Tisch gefegt. Nur mit einem Waffenstillstand kann das 1,5-Grad-Ziel noch erreicht werden, Journal für Internationale Politik und Gesellschaft vom 17.03.2022, https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/klimakiller-krieg-6068/, 05.10.2023.

Decker, F. (2023): Wahlergebnisse und Wählerschaft der GRÜNEN, https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/gruene/42159/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-gruenen/, 17.11.2023.

Department of Treasury (2021): The treasury 2021 sanctions review, , 21.09.2023.

Der SPIEGEL vom 16.05.2014: Ukraine-Krise. Helmut Schmidt wirft EU Größenwahn vor, https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-helmut-schmidt-wirft-eu-groessenwahn-vor-a-969773.html, 27.10.2023.

Der SPIEGEL vom 02.11.2014: Verhalten gegenüber Russland. Kohl kritisiert Rolle des Westens im Ukraine-Konflikt, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-konflikt-kohl-beklagt-isolation-russlands-a-1000591.html, 27.10.2023.

Der SPIEGEL vom 21.03.2022: Größte Oppositionspartei betroffen. Ukraine verbietet prorussische Parteien, https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-sicherheitsrat-verbietet-arbeit-prorussischer-parteien-a-e1591b8e-da89-48fb-9db4-a9b5aa39d188, 09.11.2023.

Der SPIEGEL vom 23.03.2023: Konfrontation mit China und Russland. Oberster US-General sieht Lebensweise der Amerikaner in Gefahr, https://www.spiegel.de/ausland/usa-us-general-haelt-krieg-mit-russland-und-china-fuer-nicht-unvermeidbar-a-b719369d-2deb-45dc-8d51-85346c9533ad, 20.09.2023.

Der SPIEGEL vom 04.07.2023: Bundeswehr-Sondervermögen. Rüstungskonzern Renk kritisiert Vergabepolitik der Bundesregierung, https://www.spiegel.de/wirtschaft/bundeswehr-sondervermoegen-ruestungskonzern-renk-kritisiert-vergabepolitik-der-bundesregierung-a-9ce875e4-1a53-4346-8375-bd1ce436e655. 27.09.2023.

Der SPIEGEL vom 25.10.2023: Verein für neue Partei. Wagenknecht will mitregieren – und hält Koalition mit der Linken für möglich, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-strebt-regierungsbeteiligung-an-und-haelt-koalition-mit-der-linken-fuer-moeglich-a-d950409b-275c-4b34-ae37-a0b432b0caab, 18.11.2023.

Der Standard vom 03.01.2023: Indiens Außenminister: "Wir werden unsere Sicherheit nicht opfern". Indiens Außenminister Subrahmanyam Jaishankar erklärt im STANDARD-Interview. Warum Indien sich mit Russland-Kritik so zurückhält.

Destradi, S./ Schubert, K./ Rösel, J. (2021): Kriege und Konflikt. Kaschmir, https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54616/kaschmir/#node-content-title-1, 03.10.2023.

Detje, R./ König, O. (2023): Es brodelt in Europa. Inflation und Krise haben zu einer neuen Streikbewegung geführt, https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/es-brodelt/, 04.10.2023.

Deutscher Bundestag (2013): Drucksache 17/12051. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012, https://dserver.bundestag.de/btd/17/120/1712051.pdf, 19.12.2023.

Deutscher Bundestag (2020): Wissenschaftliche Dienste. Dokumentation. Zu den Begriffen Finanz- und Realwirtschaft. Dokumentation WD 5 - 3000 - 003/20, https://www.bundestag.de/resource/blob/684622/cae40679f8c949b5006f 1675ce824950/WD-5-003-20-pdf-data.pdf, 04.04.2022.

Deutscher Bundestag (2021): Bundestagswahlergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen, https://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949-244692, 22.12.2023.

Deutscher Bundeswehrverband (2022): Die Osterweiterung der NATO: Basiert sie auf einem Wortbruch des Westens?, https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/blickpunkt/beitrag/die-osterweiterung-der-nato-basiert-sie-auf-einem-wortbruch-des-westens, 10.03.2023.

Deutschlandfunk vom 05.07.2022: „Marshall-Plan“ der EU. So soll die kriegszerstörte Ukraine wieder aufgebaut werden, https://www.deutschlandfunk.de/wiederaufbau-ukraine-marshall-plan-eu-rebuildukraine-100.html, 15.11.2023.

(DGB) Deutscher Gewerkschaftsbund (2023): Frieden für die Ukraine. Ungebrochen solidarisch! Der Krieg in der Ukraine muss ein Ende haben!, https://www.dgb.de/frieden-fuer-die-ukraine/++co++c479fef0-b37a-11ed-8dd9-001a4a160123, 17.11.2023.

Die Bundesregierung (2023): China-Strategie, https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2608578/810fdade376b1467f20bdb697b2acd58/china-strategie-data.pdf, 27.09.2023.

Die Welt vom 28.09.2001: Putins Nato-Wunsch stößt auf Skepsis, https://www.welt.de/print-welt/article478463/Putins-Nato-Wunsch-stoesst-auf-Skepsis.html, 28.09.2023.

Die Welt vom 30.03.2023, (2023): US-Generalstabschef beklagt Lücken in Munitionsbeständen des Pentagon, https://www.welt.de/politik/ausland/article244562276/Wehrfaehigkeit-der-USA-US-Generalstabschef-Milley-beklagt-Luecken-in-Munitionsbestaenden-des-Pentagon.html, 20.09.2023.

Die Zeit vom 29.11.2022: Katar verkündet Abkommen über Gaslieferungen nach Deutschland, https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-11/katar-verkuendet-abkommen-ueber-gaslieferungen-nach-deutschland, 01.11.2023.

Die Zeit vom 13.03.2023: Deutsche Ölimporte aus Russland um 99,9 Prozent eingebrochen.

Die Zeit vom 08.07.2023: Waffenlieferungen: Bundesregierung genehmigt Rüstungsexporte an Saudi-Arabien, https://www.zeit.de/politik/2023-07/waffenlieferungen-bundesregierung-saudi-arabien-ruestungsbeschraenkungen, 18.11.2023.

Dieke, S./ Lesch, H. (2017): Gewerkschaftliche Mitgliederstrukturen im europäischen Vergleich. Ergebnisse des European Social Survey, Köln.

DIVI-Intensivregister 2023: Zeitreihen: Anzahl gemeldeter intensivmedizinisch behandelter COVID-19-Fälle; Gesamtzahl gemeldeter Intensivbetten (Betreibbare Betten und Notfallreserve); https://www.intensivregister.de/#/aktuelle-lage/zeitreihen, 10.03.2023.

Donges, S. (2022): SIPRI-Bericht. Rekordhoch bei Militärausgaben. Tagesschau vom 25.04.2022, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/sipri-ruestungsausgaben-119.html, 03.10.2023.

Donges, S. (2023): SIPRI-Bericht. Atommächte treiben Aufrüstung voran. Tagesschau vom 12.06.2023, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/sipri-bericht-atomwaffen-100.html, 03.10.2023.

Dörner, A./ Kort, K. (2022): „Drill, Baby, drill“: US-Energiekonzerne sollen Europa Öl und Gas liefern – auch durch Fracking, https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/ukraine-krieg-drill-baby-drill-us-energiekonzerne-sollen-europa-oel-und-gas-liefern-auch-durch-fracking/28167152.html, in: Handelsblatt vom 22.03.2022, 27.09.2023.

Dörries, B. (2023): Südafrika: Marine-Manöver mit den russischen Freunden. Süddeutsche Zeitung vom 22.02.2023, https://www.sueddeutsche.de/politik/suedafrika-manoever-ukraine-krieg-russland-1.5756570, 03.10.2023.

Dullien, S. / Tober, S./ Watzka, S. (2021): Bidens "American Rescue Plan". Positive Impulse auch für die deutsche Wirtschaft. IMK-Kommentar Nr. 1 März 2021, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-007975, 27.09.2023.

Dussel Peters, E. (2020): Die neue Dreiecksbeziehung zwischen den USA, China und Lateinamerika am Beispiel Mexikos, https://www.boell.de/de/2020/03/11/die-neue-dreiecksbeziehung-zwischen-den-usa-china-und-lateinamerika-am-beispiel-mexikos, 10.03.2023.

(DW) Deutsche Welle vom 13.03.2023: USA, UK und Australien treiben Indopazifik-Pakt voran, https://www.dw.com/de/usa-gro%C3%9Fbritannien-und-australien-treiben-indopazifik-pakt-voran/a-64975610, 03.10.2023.

Ehmann, A./ Friederichs, H./ Kireev, M./ Gatzke, M./ Richter, S. (2023): Russlands Verbündete. Putins Freunde, in: die ZEIT-online vom 09.09.2023, https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-06/russland-verbuendete-militaerpartner-ukraine-krieg-ueberblick, 02.10.2023.

Ettel, A. (2018): „Vorgeschmack auf das, worauf man sich einstellen muss“, in: die Welt vom 21.02.2018, https://www.welt.de/wirtschaft/article173819209/Export-2017-Deutschland-spuert-Brexit-China-wichtigster-Handelspartner.html, 21.09.2023.

Europäische Kommission (2023): Sommerprognose 2023: EU-Wirtschaft wächst langsam, robuster Arbeitsmarkt und sinkende Inflation machen Hoffnung, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/sommerprognose-2023-eu-wirtschaft-wachst-langsam-robuster-arbeitsmarkt-und-sinkende-inflation-machen-2023-09-11_de, 27.09.2023.

Europäischer Rat (2023a): Infografik – EU-Haushalt 2023: Wichtigste Bereiche, https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/2023-eu-budget-main-areas/, 15.11.2023.

Europäischer Rat (2023b): Infografik – EU-Haushalt 2024: Wichtigste Bereiche, https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/2024-eu-budget/, 15.11.2023.

Eurostat (2020): Die Ergebnisse des Internationalen Vergleichsprogramms 2017. China, die USA und die EU sind die größten Volkswirtschaften der Welt, https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10868695/2-19052020-BP-DE.pdf/e497c170-dc0b-d74f-3c3e-0b5fb4cdae76, 22.11.2022.

Eurostat (2022): Krankenhausbetten nach Behandlungsart. Verfügbare Betten in Krankenhäusern, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/hlth_rs_bds/default/table?lang=de, 13.09.2023.

Eurostat (2023a): Bevölkerung am 1. Januar nach Alter und Geschlecht. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/demo_pjan/default/table?lang=de, 13.09.2023.

Eurostat (2023b): Gesundheitsausgaben nach Leistungserbringern. Maßeinheit: Euro pro Einwohner. Alle Leistungserbringer im Gesundheitswesen, https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/HLTH_SHA11_HP__custom_3921636/default/table?lang=de, 13.09.2023.

Eyssel, B. (2022): Golf von Oman. China, Russland und Iran starten Manöver. Tagesschau vom 15.03.2023, https://www.tagesschau.de/ausland/china-russland-iran-manoever-101.html, 03.10.2023.

Fähnders, T. (2022): Angst vor der Achse China-Russland-Pakistan. Indien, der „Wertepartner“ des Westens, nimmt weiter Rücksicht auf Moskau, in: FAZ vom 07.03.2022.

Falck, O./ Pfaffel, C. (2022): Die Deindustrialisierung Deutschlands: berechtigte Sorge oder German Angst?, in: Wirtschaftsdienst 12/2022, S. 936-940.

(FAZ) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.02.2023: Wie Russland den Sanktionen trotzt.

Fischedick, M. (2023): Inflation Reduction Act der USA und Global Green Deal Industrial Plan der EU. Wuppertal Institut, https://wupperinst.org/a/wi/a/s/ad/8015, 30.09.2023.

Fischer, S. (2019): Der Donbas-Konflikt. Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess. SWP-Studie 3 Februar 2019, Der Donbas-Konflikt. Widerstreitende Narrative und Interessen, schwieriger Friedensprozess (swp-berlin.org), 29.11.2023.

Fischer, S. (2022): Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible. SWP aktuell. Nr. 66. Oktober 2022, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A66_krieg_russland_ukraine_Web.pdf, 18.03.2023.

Flatten, L./ Zwick, S. (2022): Welche Länder sind Teil der neuen Seidenstraße? Germany Trade and Invest vom 17.03.2022, https://www.gtai.de/de/trade/china/specials/welche-laender-sind-teil-der-neuen-seidenstrasse--624812, 13.09.2023.

Forschungsprojekt Demokratiematrix (2022): Ranking der Länder anhand der Demokratiequalität, https://www.demokratiematrix.de/ranking, 08.11.2023.

Fratzscher, M. (2023): Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen. DIW aktuell 88/2023, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.879721.de/diw_aktuell_88.pdf, 18.11.2023.

Freiberger, H./ Hagelüken, A. (2023): Inflation. So hoch wie 1951, in: Süddeutsche Zeitung vom 29.09.2022, https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/inflation-konjunktur-herbstgutachten-1.5666318, 28.10.2023.,

Freidel, M. (2023): Kampf um die Vorherrschaft: Eine Welt voller Kriege, in: FAZ vom 30.11.2023.

Friedenskooperative (2023): Überblick über Friedensinitiativen zum Ukraine-Krieg, https://www.friedenskooperative.de/ueberblick-ueber-friedensinitiativen-zum-ukraine-krieg , 01.10.2023.

Friederichs, H. (2022): Russland-Ukraine-Konflikt: Klug aufgerüstet, in: die Zeit Online vom 25.01.2022, https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-01/russland-ukraine-konflikt-aufruestung-kosten-militaer/komplettansicht, 20.09.2023.

Friedrich-Naumann-Stiftung (2023): Kampf der Systeme: Warum ist China in Afrika so erfolgreich? Neue Studie liefert Erkenntnisse aus der afrikanischen Perspektive, https://www.freiheit.org/de/deutschland/kampf-der-systeme-warum-ist-china-afrika-so-erfolgreich, 10.03.2023.

Fritz, M. (2020): Weltgrößte Freihandelszone unter Dach und Fach, in: DW vom 15.11.2020, in: https://www.dw.com/de/weltgr%C3%B6%C3%9Fte-freihandelszone-unter-dach-und-fach/a-55606613, 22.11.2022.

Funke, H.-J./ Kujat, H. (2023a): Wie ein früher Frieden im Ukraine-Krieg scheiterte, in: telepolis vom 10.11.2023, https://www.telepolis.de/features/Wie-ein-frueher-Frieden-im-Ukraine-Krieg-scheiterte-9363118.html, 16.11.2023.

Funke, H.-J./ Kujat, H. (2023b): Wie der Westen auf Diplomatie setzte – und die Ukraine dann in den Krieg führte, in: telepolis vom 11.11.2023, https://www.telepolis.de/features/Wie-der-Westen-auf-Diplomatie-setzte-und-die-Ukraine-dann-in-den-Krieg-fuehrte-9385191.html, 16.11.2023.

Funke, M./ Meyer, J./ Trebesch, C. (2020): Der deutsch-französische Vorschlag zu einer EU-Finanztransaktionssteuer Internationale Einordnung und Politikempfehlungen. Kieler Institut für Weltwirtschaft: Beiträge zur Wirtschaftspolitik 24/2020, https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/Kieler_Beitraege_zur_Wirtschaftspolitik/2020/wipo_24.pdf, 04.04.2023.

Fülberth, G. (1977): Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1873, in: Deppe, F./ Fülberth, G./ Harrer, J. (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln, S. 15-31.

Fulton, L. (2015): Worker representation in Europe. Trade Unions. Labour Research Department and ETUI. Produced with the assistance of the SE Europe Network, http://www.worker-participation.eu/National-Industrial-Relations/Across-Europe/Trade-Unions2, 02.11.2022.

Gathmann, F./ Scholz, B. (2022): Ex-Kanzlerin Merkel über Krieg in der Ukraine. »Mache mir keine Vorwürfe«, in: der SPIEGEL vom 07.06.2022, https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-ex-kanzlerin-verteidigt-ihre-russland-politik-a-6429fbc9-9ac8-46bc-b1ae-d1a67bc61606, 27.10.2023.

Gelowicz, S. (2022): Infografik: Welche Länder Russland sanktionieren – und wer sich enthält, in: Wirtschaftswoche vom 06.05.2022, https://www.wiwo.de/politik/ausland/ukraine-krieg-infografik-welche-laender-russland-sanktionieren-und-wer-sich-enthaelt/28312140.html, 22.11.2022.

Geuter, G./ Born, C./ Heckmann, D.-O. (2023): Reform des EU-Asylrechts. So soll das europäische Asylverfahren verschärft werden, in: Deutschlandfunk vom 04.10.2023, https://www.deutschlandfunk.de/eu-asylrechtsreform-flucht-migration-europa-100.html, 13.10.2023.

(GEW) Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2022): Resolution der GEW zum Ukraine-Krieg. Die GEW verurteilt den Angriffskrieg, https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/gew-verurteilt-angriffskrieg, 17.11.2023.

Gindin, S. (2023): Bidenomics und die Linke in den USA, in: Sozialismus 10-2023, S. 12-20.

Goeßmann, D. (2022): Ukraine: Hat der Westen die diplomatischen Verhandlungen gestoppt?, in: telepolis vom 06.09.2022, https://www.telepolis.de/features/Ukraine-Hat-der-Westen-die-diplomatischen-Verhandlungen-gestoppt-7254763.html, 18.03.2023.

Goncharenko, R. (2018): Moskau 1993: Mit Panzern gegen das Parlament, in: DW vom 03.10.2018, https://www.dw.com/de/moskau-1993-mit-panzern-gegen-das-parlament/a-45730095, 15.09.2023.

Görlach, A. (2023): Analyse vom China-Versteher. Im Schatten von Putins Krieg schmiedet Xi eine neue Geld-Allianz, in: FOCUS vom 27.03.2023, https://www.focus.de/politik/der-china-versteher/china-brics-der-yuan-und-die-abgeschlagenen-usa_id_189458733.html, 07.10.2023.

Grapka, M. (2022): Löhne, Renten und Haushaltseinkommen sind in den vergangenen 25 Jahren real gestiegen, in: DIW- Wochenbericht 20/2023, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.842399.de/22-23.pdf, 07.11.2023.

Haase, H. (1914): Erklärung der Sozialdemokratischen Partei zum Kriegsausbruch abgegeben vom Fraktionsvorsitzenden Haase im Reichstag (4. August 1914), https://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=816&language=german, 07.11.2023.

Hachtmann, R. (2022): 1848. Revolution in Berlin, Berlin.

Hahn, D. (2023): Joe Biden stellt US-Haushaltsentwurf vor: 6,8 Billionen Versprechen, in: taz vom 10.03.2023, https://taz.de/Joe-Biden-stellt-US-Haushaltsentwurf-vor/!5921058&s=Aktienr%C3%BCckk%C3%A4ufe/, 22.11.2023.

(HBS) Hans-Boeckler-Stiftung (2015): Sparkurs gefährdet die Gesundheit. Böckler-Impuls 12/2015, https://www.boeckler.de/data/impuls_2015_15_3.pdf, 20.12.2023.

(HBS) Hans-Boeckler-Stiftung (2019): Überblick. Mitbestimmung in der EU-27, https://www.mitbestimmung.de/html/mitbestimmung-in-europa-166.html#:~:text=Der%20gewerkschaftliche%20Organisationsgrad%20in%20den,Gewerkschaften%2C%20die%20Arbeitnehmer%20zu%20mobilisieren, 11.09.2023.

Hegewisch, N./ Khan, H. (2022): „Kein Sklave des Westens“. Der Ukraine-Krieg könnte Pakistans Abkehr vom Westen beschleunigen, die Partnerschaft mit Russland und China fördern und die Rolle der USA verringern, in: Journal für Internationale Politik und Gesellschaft vom 22.03.2022, https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/kein-sklave-des-westens-5820/, 18.03.2023.

Heiduck, F./ Wirth, C. (2023): Der Quadrilaterale Sicherheitsdialog (Quad) zwischen Australien, Indien, Japan und den USA Mehr Symptom als Lösung des Problems wachsender Instabilität im Indo-Pazifik. SWP-Aktuell 35/2023, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2023A35_IndoPazifik_Quad.pdf, 03.10.2023.

Heinze, C. (2020): Coronakrise und Gesundheitsversorgung, in: Sozialismus 2020/ 5, S. 2 – 6. Langfassung, https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656350.coronakrise-und-gesundheitsversorgung.html), 23.12.2023.

Heinze, C. (2021): Gesundheitsschutz und Gesundheitsversorgung: Lehren aus der Coronapandemie. Langfassung von Kapitel 4 des Memorandums 2021 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656603.gesundheitsschutz-und-gesundheitsversorgung-lehren-aus-der-coronapandemie.html, 23.12.2023.

Helms, L. (2008): Konvergenz- und Divergenzaspekte der Parteiensystementwicklung in der Ära der Europäisierung: Ost- und Westeuropa im Vergleich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 37(1), S. 11-27. https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/28091/ssoar-oezp-2008-1-helms-konvergenz-_und_divergenzaspekte_der_parteiensystementwicklung.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-oezp-2008-1-helms-konvergenz-_und_divergenzaspekte_der_parteiensystementwicklung.pdf, 11.09.2023.

Hickel, R. (2022): Bankenbeben durch alte und neue Risiken: Finanzmarktkrise 2.0? Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656826.bankenbeben.html, 03.10.2023.

Hirst, M./ Tokatlian J.G. (2023): Globale Spaltung. Mit einer Friedensinitiative plant Brasilien den Krieg in der Ukraine zu stoppen. Diese wird vom Westen verurteilt und vom Süden gefeiert, in: Journal für Internationale Politik und Gesellschaft vom 27.06.2023, https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/globale-spaltung-6798/, 15.09.2023.

Hobsbawm, E. (1961): Europäische Revolutionen, Zürich.

Hobsbawm, E. (2010): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München.

Holbig, H. (2022): Am Steuerrad der Geschichte: Die Welt nach Chinas 20. Parteitag, in: GIGA Fokus Global. Nr. 5 2022, https://e-pub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2023/144691/pdf/2022_5_Am_Steuerrad_der_Geschichte _Die_Welt_nach_Chinas_20._Parteitag.pdf, 11.09.2023.

Human Rights Council (2023a): The negative impact of unilateral coercive measures on the enjoyment of human rights. A/HRC/52/L.18, https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/G23/059/34/pdf/G2305934.pdf?OpenElement, 21.09.2023.

Human Rights Council (2023b): A/HRC/52/L.18 Vote Item 3 – 55th Meeting, 52th Regular Session Human Rights Council, https://media.un.org/en/asset/k1x/k1x9rl0nie, 21.09.2023.

Hunko, A./ Dagdelen, S. (2022): Parteienverbot in Ukraine widerspricht Grundprinzipien der Menschenrechtskonvention des Europarats. Pressemitteilung von die LINKE im Bundestag, https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/parteienverbot-in-ukraine-widerspricht-grundprinzipien-der-menschenrechtskonvention-des-europarats/, 09.11.2023.

Hurrelmann, A. (2008): Demokratie in der Europäischen Union: Eine Bestandsaufnahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 32/2008, S. 3-8.

ICAN-Germany (2023): Eine neue Atomwaffe: Die B61-12 kommt nach Europa, https://www.icanw.de/wp-content/uploads/2023/01/20230118_B6112-2.pdf, 21.03.2023.

(IGM) Industriegewerkschaft Metall (2023): IG Metall zum Antikriegstag: Für Frieden jetzt!, https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/internationales/krieg-gegen-die-ukraine-stoppen, 17.11.2023.

Ill, F. (2022): Drohungen aus China: Taiwan wappnet sich für den Ernstfall, in: FR vom 21.12.2022, https://www.fr.de/politik/taiwan-china-krieg-konflikt-ernstfall-vorbereitung-usa-taipeh-91989311.html, 15.11.2023.

Initiative Pandemieaufarbeitung (2023): 2. Offener Brief. Pandemieaufarbeitung: Womit beginnen? Zentrale Brüche in der Gesundheitsversorgung, https://pandemieaufarbeitung.net/wp-content/uploads/2023/06/pandemieaufarbeitung_zentrale_brueche.pdf, 29.11.2023.

(IPPC) Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen (2022): Klimawandel 2022. Minderung des Klimawandels. Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung. Beitrag der Arbeitsgruppe III zum Sechsten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC), https://www.de-ipcc.de/media/content/AR6-WGIII-SPM_deutsch_barrierefrei.pdf, 05.10.2023.

(IWD) Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (2023): Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts birgt Risiken, https://www.iwd.de/artikel/reform-des-stabilitaets-und-wachstumspakts-birgt-risiken-594978/, 04.10.2023.

Jaitner, F. (2015): Ressourcen-Extraktivismus oder Re-Industrialisierung? Das russische Entwicklungsmodell im Kontext der „neuen Weltordnung“, in: PROKLA 181, 45. Jg. 2015, Nr. 4, S. 513 – 528.

Janssen, T. (2014): Linke Parteien in Europa. Ein Vergleich der Europa-Politischen Positionen vor den Europawahlen 2014, https://rosalux.nyc/wp-content/uploads/2021/08/studien_linke_parteien98.pdf, 22.12.2023.

Jaschensky, W. (2010): Bundespräsident Köhler tritt zurück: Ein Interview mit Folgen, in: Süddeutsche Zeitung vom 31.10.2010, https://www.sueddeutsche.de/politik/bundespraesident-koehler-tritt-zurueck-ein-interview-mit-folgen-1.952273, 04.11.2023.

John Hopkins University (2022): Coronavirus Ressource Center, https://coronavirus.jhu.edu/map.html, 13.09.2023.

Johnson, D. (2023): Nach fünf Monaten Gegenoffensive: „Pattsituation“ in der Ukraine, in: taz vom 05.11.2023, https://taz.de/Nach-fuenf-Monaten-Gegenoffensive/!5968261/, 08.11.2023.

Joswig, G. (2023): AfD streitet über nukleare Bewaffnung. Atomwaffen für Deutschland, in: taz vom 18.10.2022, https://taz.de/AfD-streitet-ueber-nukleare-Bewaffnung/!5889231/, 19.11.2023.

Karuscheit, H. (2014): Deutschland 2014. Vom Klassenkompromiss zum Krieg, Hamburg,

Karuscheit, H. (2021): Sozialismus ohne Basis. Arbeiterschaft und Sozialismus in der DDR, Berlin.

Kiani-Kreß, R. (2022): „Die 100 Milliarden sind nur eine Anschubfinanzierung“. Interview mit Rheinmetall-Chef Armin Papperger, in: Wirtschaftswoche vom 22.10.2022, https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/ruestung-die-100-milliarden-sind-nur-eine-anschubfinanzierung/28758540.html, 27.09.2023.

Kirsch, M. (2022): 100.000.000.000 Euro. Wer profitiert vom Sondervermögen?, IMI-Analyse 2022/53, https://www.imi-online.de/2022/09/26/100-000-000-000-euro/, 27.09.2023.

Klein, M./ Schreiber, N. H. (2022): Der Angriff auf die Ukraine und die Militarisierung der russischen Außen- und Innenpolitik Stresstest für Militärreform und Regimelegitimation. SWP-Aktuell Nr.76. Dezember 2022, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A76_Russland_Militarisierung.pdf, 01.10.2023.

Knipp, K. (2022): Indien beim russischen "Wostok"-Manöver, DW vom 05.09.2022, https://www.dw.com/de/indiens-kleine-aber-signifikante-beteiligung-am-russischen-wostok-man%C3%B6ver/a-63018319, 03.10.2023.

Kohl, H. (2008): Wo stehen die Gewerkschaften in Osteuropa heute? Eine Zwischenbilanz nach der EU-Erweiterung, in: Friederich-Ebert-Stiftung. Internationale Gewerkschaftskooperation. Kurzberichte. Nr. 5/2008; https://library.fes.de/pdf-files/iez/05362.pdf, 11.09.2023.

Kölln, A.-K. (2014): Wie reagieren Parteien auf den Mitgliederschwund?, Sankt Augustin & Berlin.

Kolev, G. (2016): Strukturelle Schwächen der russischen Wirtschaft, in: Institut der deutschen Wirtschaft: IW-Report 3/2016; https://www.iwkoeln.de/studien/galina-kolev-strukturelle-schwaechen-der-russischen-wirtschaft.html, 20.09.2023.

Kotlyarova, L. (2023): Neue Umfrage in Russland: Erstmals Mehrheit für Verhandlungen mit der Ukraine, in: Berliner Zeitung vom 15.11.2023, https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/neue-umfrage-in-russland-erstmals-mehr-befuerworter-von-verhandlungen-mit-der-ukraine-li.2159150, 15.11.2023.

Krahé, M. (2023): Ökonom über "Bidenomics". "Biden bricht mit den Grundlagen der US-Wirtschaftspolitik", https://www.n-tv.de/wirtschaft/Biden-bricht-mit-den-Grundlagen-der-US-Wirtschaftspolitik-article24284635.html, 04.11.2023.

Krieger, S. (2023): Umfrage zur US-Wahl 2024: Viele Menschen in den USA wollen weder Trump noch Biden, in: FR vom 13.11.2023, https://www.fr.de/politik/us-wahlen-2024-amerikaner-weder-biden-noch-trump-demokraten-republikaner-zr-92657556.html, 15.11.2023.

Kronauer, J. (2022): EU verpasst Anschluss. Brüssel verliert an Einfluss in Lateinamerika und Karibik. Geplante »Offensive« soll vor allem China zurückdrängen, in: junge Welt, 27.08.2022.

Krüger, P.-A. (2021): Sicherheitspolitik: Eine Frage von Minuten, in: Süddeutsche Zeitung vom 22.12.2021.

Lampe, M./ Wolf, N. (2022): Binnenhandel und Außenhandel, in: Deutschland in Daten. Zeitreihen zur Historischen Statistik, http://www.deutschland-in-daten.de/wp-content/uploads/deutschland_in_daten_20.pdf, 22.12.2022.

Lange, J. (2023): "Die Ukraine hat in den letzten Monaten auch immer wieder Erfolge erzielt". Interview mit dem österreichischen Oberst Markus Reisner, Teil 1, https://www.telepolis.de/features/Die-Ukraine-hat-in-den-letzten-Monaten-auch-immer-wieder-Erfolge-erzielt-9316350.html?seite=all, 27.10.2023.

Langer, M.-A. (2022): Die USA stärken die heimische Chipindustrie mit einem 280 Milliarden Dollar schweren Finanzpaket, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28.07.2023.

(Ldp) Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2022): Der Erste Weltkrieg – Überblick, https://www.lpb-bw.de/erster-weltkrieg-zusammenfassung, 07.10.2023.

Lesch, H. (2023): Streiks: Gewerkschaften deutlich konfliktfreudiger, Institut der deutschen Wirtschaft, https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/hagen-lesch-gewerkschaften-so-konfliktfreudig-wie-lange-nicht.html, 22.12.2023.

Levada-Center (2022): Conflict with Ukraine 2022, https://www.levada.ru/en/2022/12/12/conflict-with-ukraine-november-2022/, 21.03.2023.

Levystone, M. (2022): Zeitenwende in Zentralasien, in: Le Monde diplomatique vom 08.12.2022.

Lill, F. (2022): Drohungen aus China: Taiwan wappnet sich für den Ernstfall, in: FR vom 21.12.2022, https://www.fr.de/politik/taiwan-china-krieg-konflikt-ernstfall-vorbereitung-usa-taipeh-91989311.html, 22.12.2023.

Lohmann, S. (2019): Iran-Sanktionen. „Der Ausschluss vom Dollar ist die Höchststrafe“. Sascha Lohmann erklärt, wie die USA ihre Sanktionspolitik gegen den Iran weltweit durchsetzen können, in: Weltsichten. Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit, 6/2019, https://www.welt-sichten.org/artikel/36112/der-ausschluss-vom-dollar-ist-die-hoechststrafe, 07.10.2023.

Lorenz, R. (2013): Gewerkschaftsdämmerung: Geschichte und Perspektiven deutscher Gewerkschaften. Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen, Bielefeld.

Lother, L./ Huyn, B. (2023): Wird Russland kriegsmüde? Umfrage deutet mögliche Wende im Ukraine-Krieg an, in: FR vom 03.11.2023, https://www.fr.de/politik/wladimir-putin-selenskyj-krim-offensive-ukraine-krieg-ende-friedensgespraeche-verhandlungen-zr-92645976.html, 15.11.2023.

Louven, S. (2016): Spanische Linke setzt auf das Ikea-Prinzip, https://www.wiwo.de/politik/ausland/podemos-programm-spanische-linke-setzt-auf-das-ikea-prinzip/13722372-all.html, 27.10.2023.

Maihold, G./ Müller, M. (2023): Eine neue Entwicklungsphase der BRICS. Erweiterung und neue Identität. SWP-Aktuell 2023/A 52, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2023A52_BRICS.pdf, 15.09.2023.

Major, C./ Swistek, G. (2022): Die Nato nach dem Gipfel von Madrid. Norderweiterung, neues Strategisches Konzept und militärische Neuaufstellung, in: SWP-Aktuell, Nr. 49 – Juli 2022, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A49_NatoGipfel.pdf, 21.03.2023.

March, L. (2023): Erweiterung der BRICS-Gruppe. Ein Staatenverbund will mehr globalen Einfluss, in: Deutschlandfunk vom 30.08.2023, https://www.deutschlandfunk.de/brics-staaten-gipfel-100.html, 15.09.2023

Matthes, J. (2023): China-Handel 2022. Ungleichgewicht und Abhängigkeit weiter verstärkt. IW-Kurzbericht Nr. 9/2023, https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/juergen-matthes-nie-war-die-abhaengigkeit-von-china-so-gross.html, 21.09.2023.

Maull, H. W./ Stanzel, A./ Thimm, J. (2023): USA und China auf Kollisionskurs. Die Bedeutung der Innenpolitik für das bilaterale Verhältnis, SWP-Studie 2/2023, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2023S02_USA_China.pdf, 02.10.2023.

Mediendienst Integration (2022a): Zahl der Flüchtlinge, https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html, 22.11.2022.

Mediendienst Integration (2022b): Flüchtlinge aus der Ukraine, https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html, 22.11.2022.

Meister, M. (2023): Jetzt bekommt die Russland-Liebe der Rechten erste Risse, in: die Welt vom 07.03.2023, https://www.welt.de/politik/ausland/article244113275/Frankreich-Jahrelang-konnte-sich-Putin-auf-Unterstuetzung-von-Marine-Le-Pens-Partei-verlassen.html, 18.11.2023.

Mellenthin, K. (2023): Seitenstraße zur Seidenstraße. Plump aufdringliches Theater: IMEC soll Europa, Mittleren Osten und Indien verbinden. Beijing gelassen, in: junge Welt vom 20.09.2023.

Menkhoff, L./ Wagner, C. (2023): Indien: eine Alternative zu China?, in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. 1/2023, https://www.wirtschaftsdienst.eu/pdf-download/jahr/2023/heft/1/beitrag/indien-eine-alternative-zu-china.html, 13.09.2023.

Mitrokhin, N. (2020): Analyse: Militante russische Nationalisten, https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/303014/analyse-militante-russische-nationalisten/, 23.11.2023.

Mooser, J. (1984): Arbeiterleben in Deutschland 1900-1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt a. M.

Müller, A. L. (2023): Hilfspakete für die Ukraine – Warum Selensky auf Trump angewiesen sein könnte, in: FR vom 15.11.2023, https://www.fr.de/politik/news-ukraine-krieg-usa-biden-trump-hilfspaket-selenskyj-republikaner-regierung-zr-92673744.html, 15.11.2023.

Müller, W. (2021): Die Rätsel Chinas. Wiederaufstieg einer Weltmacht. Digitale Diktatur oder sozialistische Marktwirtschaft, Hamburg.

Müller, W. (2023): Chinas Entwicklungsmodell in der Krise? Arbeitslose Hochschulabsolventen und immer größerer informeller Sektor, in: Sozialismus 10/2023, S. 28-33.

Nagel, T. (2023): Neuer Schreckschuss für Ukraine-Verbündete: Putin steigt aus Vertrag gegen Atomwaffentests aus, in: FR vom 04.11.2023, https://www.fr.de/politik/putin-steigt-aus-vertrag-gegen-atomwaffentests-aus-russland-usa-ukraine-krieg-atomwaffen-start-ctbt-zr-92653679.html, 11.11.2023.

Nassauer, O./ Piper, G. (2012): Atomwaffen-Modernisierung in Europa. Das Projekt B61-12. BITS Research Report 12.1, https://www.bits.de/public/researchreport/rr12-1-2.htm, 21.03.2023.

National Security Archive (2017): NATO Expansion: What Gorbachev Heard, https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorba.chev-heard-western-leaders-early, 10.12.2022

NATO (2022): Strategisches Konzept der NATO 2022, https://nato.diplo.de/nato-de/service/01-NATOStatements/-/2539668, 03.10.2023.

Naumann, A. (2020): 80 Prozent der deutschen Kommunen ohne Notfallplan, in: die Welt vom 29.03.2020, https://www.welt.de/politik/deutschland/article206865551/Corona-Pandemie-80-Prozent-der-deutschen-Kommunen-ohne-Notfallplan.html, 21.11.2020.

Neuber, H. (2022): Sanktionen gegen Russland: Wie der Globale Süden ausschert, in telepolis: 04.05.2022, https://www.heise.de/tp/features/Sanktionen-gegen-Russland-Wie-der-Globale-Sueden-ausschert-7074581.html?seite=all, 22.11.2022.

Niemetz, D.(2022): Westfront 1914: Als Deutsche und Briten gemeinsam Weihnachten feiern, https://www.mdr.de/geschichte/weitere-epochen/erster-weltkrieg/weihnachtsfrieden-deutsche-briten-soldaten-weihnachten-100.html#:~:text=Und%20auch%20%C3%BCber%20die%20K%C3%B6pfe,Westfront%20fast%20vier%20Millionen%20Soldaten., 07.10.2023.

Obergassel, W./ Arens, C./ Beuermann, C./ Elsner, C./ Hermwille, L./ Kreibich, N./. Ott, H. E./ Schell, J./ Schulze Steinen, M./ Spitzner, M. (2022): Letzter Aufruf für 1,5 Grand. COP27 in Sharm El Sheikh bringt Fonds für Schäden und Verluste an den Start, während effektiver Klimaschutz auf der Strecke bleibt, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH, https://wupper-inst.org/fa/redaktion/downloads/publications/COP27-Report_de.pdf, 05.10.2023.

Overhaus, M./ Sakaki, A. (2021): Die US-Bündnisse mit Japan und Südkorea Stärken und Bruchlinien in der sicherheitspolitischen Kooperation. SWP-Studie 5/2021, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S05_US-Buendnisse_Japan_Suedkorea.pdf, 03.10.2023.

Peer, M. (2022): Indiens Freundschaft mit Russland bedroht die Asien-Strategie des Westens, in: Handelsblatt vom 23.02.2023.

Perspektive Online (2022): Ukrainischer Geheimdienst beschlagnahmt 80 Gewerkschaftseinrichtungen – massive Einschränkung von Arbeiter:innenrechten geplant, https://perspektive-online.net/2022/07/ukrainischer-geheimdienst-beschlagnahmt-80-gewerkschaftseinrichtungen-massive-einschraenkung-von-arbeiterinnenrechten-geplant/, 09.11.2023.

Pestel, H. (2023): Geberkonferenz mobilisiert neue Mittel für die Ukraine, Germany Trade and Invest vom 30.06.2023, https://www.gtai.de/de/trade/ukraine/wirtschaftsumfeld/geberkonferenz-mobilisiert-neue-mittel-fuer-die-ukraine-1013606. 15.11.2023.

Pieper, O. (2022): Kliniksterben: Deutschland in Notaufnahme, in: DW vom 05.12.2022, https://www.dw.com/de/kliniksterben-deutschland-in-der-notaufnahme/a-64096468, 29.11.2023.

Pieper, O. (2023): Europa: Rechte Parteien erleben Aufwind, https://www.dw.com/de/europa-rechte-parteien-erleben-aufwind/a-66033195, 03.11.2023.

Piketty, T. (2022): Wie die Drei-Block-Demokratie Frankreich lähmt, in: der Spiegel vom 19.06.2022, https://www.spiegel.de/ausland/parlamentswahlen-in-frankreich-gastbeitrag-von-thomas-piketty-a-d801a04b-ed25-4fa8-845d-ff5b927524cd, 26.ß3.2023.

Polleit, T. (2023): Die Brics-Staaten attackieren den US-Dollar, in: Wirtschaftswoche vom 25.08.2023, https://www.wiwo.de/politik/ausland/waehrungspolitik-die-brics-staaten-attackieren-den-us-dollar/29353038.html, 22.12.2023.

Poluschkin, G./ Kirchner, R. (2023): Wiederaufbauplan: Wie gelingt der Neuanfang in der Ukraine?, in: ifo-Schnelldienst 4/2023, S. 3 i 6, https://www.ifo.de/DocDL/sd-2023-04-wiederaufbauplan-ukraine.pdf, 15.11.2023.

Poulakos, I./ Kittel, S. (2023): Deutschland auf der Flucht vor der Wirklichkeit, https://www.rheingold-marktforschung.de/gesellschaft/deutschland-auf-der-flucht-vor-der-wirklichkeit/, 03.11.2023.

Pro Asyl (2023): Ausverkauf der Menschenrechte: Deutschland stimmt für Aushebelung des Flüchtlingsschutzes, https://www.proasyl.de/news/ausverkauf-der-menschenrechte-deutschland-stimmt-fuer-aushebelung-des-fluechtlingsschutzes/, 13.09.2023.

Putin, W. (2001): Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25.09.2001, https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966, 01.10.2023.

Raabe, J. (2019): Rechtsextremismus in der Ukraine. Gruppierungen und ihre Aktivitäten im Überblick, https://www.rosalux.de/publikation/id/40154/rechtsextremismus-in-der-ukraine, 11.11.2022.

Rachman, G. (2023): Israel-Hamas war. America, Iran and the threat of a wider war in the Middle East, in: Financial Times vom 30.10.2023.

Ranaldo, R. (2022): So wirkt sich der Ukraine-Krieg auf das Finanzsystem aus. Finanz und Wirtschaft vom 02.08.2022, https://www.fuw.ch/article/so-wirkt-sich-der-ukraine-krieg-auf-das-finanzsystem-aus, 04.10.2023.

Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 28.10.2022: Militärstrategie: USA sehen China langfristig als größte Gefahr, https://www.rnd.de/politik/usa-sehen-china-langfristig-als-groesste-gefahr-scharfe-warnung-an-nordkorea-YZFQA6PIM5UCI-TTFLEE52VMV34.html, 03.10.2023.

Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 19.08.2023: Bericht: Fast 500.000 tote und verletzte Soldaten im Ukraine-Krieg, https://www.rnd.de/politik/ukraine-krieg-fast-500-000-tote-und-verletzte-soldaten-KTV2E4RO2BLKLAT4WZTCUOSTBQ.html, 11.11.2023.

Reiser, M./ Küppers, A./ Brandy, V./ Hebenstreit, J./ Vogel, L. (2023): Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022, https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/TM2022_KURZ_bf.pdf, 03.11.2023.

Reporter ohne Grenzen (2023): Rangliste der Pressefreiheit 2023. Unterdrückung von Berichterstattung nimmt zu, https://www.reporter-ohne-grenzen.de/ukraine/alle-meldungen/meldung/unterdrueckung-von-berichterstattung-nimmt-zu, 10.11.2023.

Rettich, J. (2023): Rechte Konfigurationen im Europäischen Parlament. Eine Bestandsaufnahme vor den Wahlen, https://www.rosalux.de/news/id/51006/rechte-konfigurationen-im-europaeischen-parlamen, 27.10.2023.

Richard, H. (2022): Der Preis der Sanktionen, in: le monde diplomatique. Deutsche Ausgabe, November 2022, S. 9.

Richter, W. (2019): Europa und der IFM-Vertrag: Verdammt zur Zuschauerrolle?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 18-19, S. 21-26.

Richter, W. (2022): Ukraine im Nato-Russland-Spannungsfeld. Sicherheitsvereinbarungen und Rüstungskontrolle müssen wiederbelebt werden, in: SWP aktuell, Nr. 11. Februar 2022, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A11_ukraine_russland_nato.pdf, 18.03.2023.

Richter W. (2023): Militärexperte zu Ukraine-Hilfen: „Schlechte Zeiten für einen langen Krieg", in: ZDF vom 02.10.2023, https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-aussenminister-treffen-unterstuetzung-polen-slowakei-ungarn-usa-ukraine-krieg-russland-100.html, 03.10.2023.

Richter-Kuhlmann, E. (2022): Globale Impfstoffverteilung: Der neue Kolonialismus, in: Deutsches Ärzteblatt 13/2022, https://www.aerzteblatt.de/archiv/224473/Globale-Impfstoffverteilung-Der-neue-Kolonialismus, 18.11.2023.

Riegert (2023a): EU vor neuer Schuldenkrise?, in: DW vom 07.11.2023, https://www.dw.com/de/eu-vor-neuer-schuldenkrise/a-67299459, 22.12.2023.

Riegert, B. (2023b): EU-Gipfel: Kaum Bewegung bei Migration, DW vom 10.02.2023, https://www.dw.com/de/eu-gipfel-kaum-bewegung-bei-migration/a-64661887, 10.03.2023. (RKI) Robert-Koch-Institut (2017): Nationaler Pandemieplan: Teil I Strukturen und Maßnahmen der Länder, https://www.gmkonline.de/documents/pandemieplan_teil-i_1510042222_1585228735.pdf, 29.11.2023.

Roach, S. S. (2023): Eine Abkoppelung von China schadet den USA wirtschaftlich, https://www.wiwo.de/politik/ausland/handelspolitik-eine-abkoppelung-von-china-schadet-den-usa-wirtschaftlich/29286154.html, 27.09.2023.

Roesler, J. (2020): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010.

Roth, E. (2022): »Vom eigenen Parlament angegriffen«. Trotz monatelanger Proteste von Gewerkschaften: Selenskyj unterzeichnet Gesetz zum radikalen Abbau von Arbeitnehmerrechten in der Ukraine, in: ND vom 26.08.2022, https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165898.ukraine-vom-eigenen-parlament-angegriffen.html, 09.11.2023.

Roth, J. (2021): Joe Biden. Der vorgeführte Präsident, in: ZEIT Online vom 21.12.2021, https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-12/joe-biden-sozialpaket-klima-joe-manchin?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, 27.09.2023.

Rothgang, H./ Müller, R. (2022): BARMER Pflegereport 2022. Stationäre Versorgung und COVID-19, https://www.barmer.de/resource/blob/1142760/9ec71d5ae2f750239f74532a33d14490/barmer-pflegereport-2022-bifg-data.pdf, 20.03.2023.

Rucht, D. (2023): Neue Konflikte und neue soziale Bewegungen in Deutschland, in: Grande, B. / Grande, E. / Hahn, U. (Hrsg.):Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke, Bielefeld, S. 61-77.

Rusche, C. (2023): Deindustrialisierung: Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen. IW Kurzbericht Nr.43, https://www.iwkoeln.de/studien/christian-rusche-eine-analyse-auf-basis-von-direktinvestitionen.html, 01.10.2023.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2023): Resilienz im Gesundheitswesen. Wege zur Bewältigung künftiger Krisen. Gutachten 2023, https://www.svr-gesundheit.de/fileadmin/Gutachten/Gutachten_2023/Gesamtgutachten_ePDF_Final.pdf, 23.11.2023.

Sakhine, A./ Smirnova, L. (2023) : Putins bröckelnde Heimatfront, in: le monde diplomatique, Juni 2023.

Schmidt, C. (2023): Krieg auf dem Balkan? "Das war ein Schlag für Putin". Interview mit dem ehemaligen Bundesminister Christian Schmidt, in: T-Online vom 06.10.2023, https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_100254390/kriegsgefahr-zwischen-serbien-und-dem-kosovo-das-war-ein-schlag-fuer-putin-.html, 15.11.2023.

Schmidt, D. (2009): China und die internationale Finanzkrise, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, https://www.bpb.de/themen/asien/china/44282/china-und-die-internationale-finanzkrise/, 22.11.2022.

Schmieg, E. (2018): EU und Afrika: Investitionen, Handel, Entwicklung. Was ein Cotonou-Folgeabkommen mit den AKP-Staaten leisten kann. SWP-Aktuell Nr. 70. Dezember 2018, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2018A70_scm.pdf, 30.11.2023.

Schmutz, C. (2023): «Green Deal Industrial Plan»: Ursula von der Leyen will es den USA gleichtun und mit Hunderten Milliarden an Steuergeldern die EU-Industrie sauber machen, in: NZZ vom 01.02.2023, https://www.nzz.ch/wirtschaft/green-deal-industrial-plan-ursula-von-der-leyen-will-mit-hunderten-milliarden-an-steuergeldern-die-eu-industrie-sauber-machen-und-so-us-subventionen-kontern-ld.1724099, 28.10.2023.

Schneider, E. (2016): Die russische Rüstungsindustrie. ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security, Issue No. 414 Apr 2016, https://www.ispsw.com/wp-content/uploads/2016/04/414_Schneider.pdf, 20.09.2023.

Schneider, U./ Schröder, W./ Stilling, G. (2022): Zwischen Pandemie und Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2022, https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/broschuere_armutsbericht-2022_web.pdf, 04.04.2023.

Scholtes, B. (2022): Euro ist nur noch einen US-Dollar wert, DW vom 12.07.2023, https://www.dw.com/de/euro-ist-nur-noch-einen-us-dollar-wert/a-62444914, 21.09.2023.

Scholz, O. (2022): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356, 07.11.2023.

Schroeder, W./ Weßels, B. (2023): Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr, https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP59_AfD_Schroeder_Wessels.pdf, 18.11.2023.

Schulmeister, S. (2018): Der Weg zur Prosperität, Wals bei Salzburg.

Schulmeister, S. (2022): Langzeitfolgen der Schocktherapie. Russland. Dieser Krieg hat seine Vorgeschichte: Die Geburt der Oligarchie aus dem Geist des Neoliberalismus, in: der Freitag 17-2022, 15.

Schulz, S. C./ Christ, J. (2023): Die stärksten Armeen der Welt: Wer steht an der Spitze, und wo steht Deutschland?, Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 07.03.2023, https://www.rnd.de/politik/die-staerkste-armee-der-welt-wer-steht-an-der-spitze-und-wo-steht-deutschland-A2W65HVX6RGHDFOX3XXWRWSIVM.html, 18.03.2023.

Schumann, H. (2019): Gesetzgebung in der Blackbox: Wie demokratisch ist die EU?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik. 5/2019, S. 41.51.

Schwanholz, M./ Krummel, V. (2009) Die Relevanz der Lissabon-Strategie im deutschen Bundestag - eine gemischte Bilanz, in: Integration. Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Europäische Integration, 02/ 2009, 136-147.

Senkel, D. (2019): Das übersehene Demokratiedefizit, Warum die Demokratisierung der EU am europäischen Binnenmarktrecht ansetzen muss, in: WSI-Mittelungen, 2/2019, 146-147.

Senz, A. D. (2022): Von Gürteln, Straßen und Ambitionen. China und die neuen Seidenstraßen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 43-45, S. 4-10.

Serif, M. (2022): OPEC drosselt Öl-Förderung - USA sieht klare Verbindungen zu Russland, in: FR vom 06.10.2022, https://www.fr.de/politik/usa-opec-oel-foerderung-russland-putin-ukraine-konflikt-91833012.html, 22.11.2022.

Serif, M. (2023): „2025 führen die USA mit China Krieg“, in FR vom 01.02.2023, https://www.fr.de/politik/taiwan-konflikt-ich-hoffe-dass-ich-mich-irre-aber-2025-fuehren-die-usa-mit-china-krieg-92062306.html, 15.11.2023.

(SIPRI) Stockholm International Peace Research Institute (2023): SIPRI Yearbook 2023. Armaments, Disarmament and International Security. Summary, https://www.sipri.org/sites/default/files/2023-06/yb23_summary_en_0.pdf, 02.10.2023.

Siggelkow, P. (2023): Westen hat Waffenstillstand nicht verhindert, tagesschau vom 17.02.2023, https://www.tagesschau.de/faktenfinder/ukraine-russland-frieden-101.html, 20.11.2023.

Sitenko, A. (2020): Chinas Einfluss in Lateinamerika, Heinrich-Böll-Stiftung, https://www.boell.de/de/2020/06/10/vorwort-chinas-einfluss-lateinamerika, 05.04.2023.

Spannagel, D./ Zucco, A. (2020): Armut grenzt aus. WSI-Verteilungsbericht 2020, https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008464/p_wsi_report_79_2022.pdf, 04.04.2023.

Stanzel, A. (2021): Chinas Weg zur Geopolitik. Fallstudie zur chinesischen Iran-Politik an der Schnittstelle zwischen regionalen Interessen und globaler Machtrivalität. SWP-Studie 26, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S26_China-Iran.pdf, 22.12.2023.

Statista (2022a): Todesfälle in Zusammenhang mit dem Coronavirus (COVID-19) in Deutschland nach Alter und Geschlecht (Stand: 16. November 2022), https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1104173/umfrage/todesfaelle-aufgrund-des-coronavirus-in-deutschland-nach-geschlecht/, 22.11.2022.

Statista (2022b): Anzahl der Asylsuchenden (Asylbewerber) nach Weltregionen von 2011 bis 2021, 22.11.2022.

Statista (2023a): Ranking der 20 Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben im Jahr 2022, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/, 20.03.2023.

Statista (2023b): Jährliche Entwicklung des Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1999 bis 2022, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/200194/umfrage/wechselkurs-des-euro-gegenueber-dem-us-dollar-seit-2001/, 21.09.2023.

Statista (2023c): Europäische Union & Euro-Zone: Handelsbilanzsaldo von 2011 bis 2021, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15640/umfrage/handelsbilanz-der-eu/, 21.09.2023.

Statista (2023d): Energie. Woher Deutschland sein Gas bezieht, https://de.statista.com/infografik/30923/gasimporte-nach-deutschland/, 27.09.2023.

Statista (2023e): Europäische Union: Exportquoten in den Mitgliedstaaten im Jahr 2022, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/7060/umfrage/anteil-der-exporte-von-waren-am-bip-in-den-eu-laendern/, 04.10.2023.

Statista (2023f): Europäische Union: Importquoten in den Mitgliedstaaten im Jahr 2022, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/7064/umfrage/anteil-der-importe-von-waren-am-bip-in-den-eu-laendern/, 04.10.2023.

Statista (2023g): Wie macht Angela Merkel ihre Arbeit als Bundeskanzlerin alles in allem gesehen?, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1251522/umfrage/bewertung-der-arbeit-von-angela-merkel-als-bundeskanzlerin/, 17.11.2023.

Statista (2023h): Wie macht Olaf Scholz seine Arbeit als Bundeskanzler alles in allem gesehen?https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1295763/umfrage/bewertung-der-arbeit-von-olaf-scholz-als-bundeskanzler/, 17.11.2023.

Statista (2023i): Macht die Bundesregierung Ihrer Ansicht nach ihre Arbeit eher gut oder eher schlecht?, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1295755/umfrage/beurteilung-der-arbeit-der-bundesregierung/, 17.11.2023.

Statista (2023j): Macht die Bundesregierung Ihrer Ansicht nach ihre Arbeit eher gut oder eher schlecht?, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3439/umfrage/beurteilung-der-arbeit-der-bundesregierung/, 17.11.2023.

Statista (2023k): Der Staat sollte die Russlandpolitik beibehalten oder verschärfen? (nach Parteipräferenz), https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1321874/umfrage/ukraine-krieg-unterstuetzung-der-sanktionen-gegen-russland/, 17.11.2023

Statistisches Bundesamt (2023a): Pressemitteilung Nr. N010 vom 16. Februar 2023. 1,1 Millionen Zuzüge von Menschen aus der Ukraine im Jahr 2022, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/02/PD23_N010_12411.html, 19.03.2023.

Statistisches Bundesamt (2023b): Außenhandel Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland (vorläufige Ergebnisse), https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile, 21.09.2023.

Statistisches Bundesamt (2023c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktberechnung. Lange Reihen ab 1970, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Publikationen/Downloads-Inlandsprodukt/inlandsprodukt-lange-reihen-pdf-2180150.pdf?__blob=publicationFile, 04.10.2023.

Stein, J./ Sotomayor, M. (2023): Uhr für den US-Shutdown tickt: Hart Rechte stellen sich quer - Unmut sogar bei Republikanern, in: FR vom 29.09.2023, https://www.fr.de/politik/shutdown-usa-biden-haushalt-republikaner-rechte-gop-streit-zr-92541656.html, 04.11.2023.

Steinacher, H. (2023): US-Chipfertigung profitiert vom CHIPS and Science Act, Germany Trade and Invest vom 19.09.2023, https://www.gtai.de/de/trade/usa/specials/us-chipfertigung-profitiert-vom-chips-and-science-act-1008364, 27.09.2023.

Stevenson, T. (2023): Wie gefährdet ist Taiwan wirklich?, in: le monde diplomatique, Februar 2023, 10f.

Steward, S. (2016): Die Zukunft der Minsker Vereinbarungen. Umsetzung vorantreiben und Sanktionen gegen Russland stützen. SWP aktuell 12, Februar 2016, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2016A12_stw.pdf, 01.10.2023.

Stolz, C. (2022): Milleys unbequeme Wahrheit?: Der oberste US-Militär glaubt nicht an einen schnellen Sieg der Ukraine – und löst Ärger aus , in: Tagesspiegel vom 17.11.2023, https://www.tagesspiegel.de/politik/milleys-unbequeme-wahrheit-der-oberste-us-militar-glaubt-nicht-an-einen-schnellen-sieg-der-ukraine--und-lost-arger-aus-8887591.html, 03.10.2023.

Straub, D. (2022): Waffenlieferung an die Ukraine. Italien bleibt unter Meloni an der Seite Kiews, in: Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 02.12.2022, https://www.rnd.de/politik/italien-unterstuetzt-ukraine-weiter-mit-waffen-meloni-setzt-sich-gegen-salvini-und-berlusconi-durch-L6FA2MVOTFEPDEOWTS3DPCDFIA.html, 18.11.2023.

Süddeutsche Zeitung vom 01.10.2014: Ukraine-Krise: Gerhard Schröder, stolzer Russland-Versteher, https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-krise-gerhard-schroeder-stolzer-russland-versteher-1.2155432, 27.10.2023.

Süddeutsche Zeitung vom 07.12.2022: Merkel verteidigt ihre Russland-Politik, https://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-interview-russland-politik-1.5711395, 22.12.2023.

Sukiasyan, N. (2023): Alles für's Gas. Aserbaidschan greift Armenien an, die EU reagiert nicht und entscheidet sich für den Schutz einer Öl-Diktatur – und gegen Menschenrechte, IPG-Journal vom 16.09.2022, https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/alles-fuers-gas-6193/, 18.11.2023.

Sullivan, J. (2023): Remarks by National Security Advisor Jake Sullivan on Renewing American Economic Leadership at the Brookings Institution, https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2023/04/27/remarks-by-national-security-advisor-jake-sullivan-on-renewing-american-economic-leadership-at-the-brookings-institution/, 22.09.2023.

Süßel, C. (2022): China hängt Deutschland, Japan und USA im Außenhandel ab, Germany Trade and Invest vom 25.02.2022, https://www.gtai.de/de/trade/japan/wirtschaftsumfeld/china-haengt-deutschland-japan-und-usa-im-aussenhandel-ab-691598, 16.11.2023.

Swistek, G. (2021): Quadratur des Kreises im Indo-Pazifik Sicherheitspolitische Umsetzung der Indo-Pazifik-Leitlinien. SWP-Aktuell 29/2021, https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2021A29_Indo_Pazifik_Leitlinien.pdf, 03.10.2023.

Tageschau vom 24.09.2017: Deutschland. Bundestagswahl 2017. Umfragen Bewertung der Regierung, https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2017-09-24-BT-DE/umfrage-regierung.shtml, 17.11.2023.

Tagesschau vom 27.09.2021a: Bundestagswahl 2021. Wer wählte was?, https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-werwas.shtml, 17.11.2023.

Tagesschau vom 27.09.2021b: Bundestagswahl 2021. Wie beurteilen Wählende ihre Situation?, https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-lebensverhaeltnisse.shtml, 17.11.2023.

Tagesschau vom 21.02.2023: USA und Russland. Worum es im "New START"-Vertrag geht, https://www.tagesschau.de/ausland/europa/new-start-vertrag-101.html, 28.10.2023.

Tagesschau vom 13.03.2023: Bericht des SIPRI-Instituts. Europa rüstet auf, https://www.tagesschau.de/wirtschaft/europa-importiert-mehr-waffen-101.html, 03.10.2023.

Tagesspiegel vom 15.01.2021: Rede an die Nation: Das ist Bidens „amerikanischer Rettungsplan", https://www.tagesspiegel.de/politik/das-ist-bidens-amerikanischer-rettungsplan-4222153.html#:~:text=Der%20Rettungsplan%20des%20neuen%20US,und%20mehr%20Coronatests%20erm%C3%B6glicht%20werden, 27.09.2023.

Tagesspiegel vom 01.09.2023: Zweifel am Wirtschaftsstandort: Deutsche werden pessimistischer über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft, https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/zweifel-am-wirtschaftsstandort-deutsche-werden-pessimistischer-uber-deutschlands-wirtschaftliche-zukunft-10400398.html, 03.11.2023.

Tagesspiegel vom 25.10.2023: Landtagswahlen im Osten 2024: Wagenknecht würde Koalition mit der CDU eingehen, https://www.tagesspiegel.de/politik/landtagswahlen-im-osten-2024-wagenknecht-wurde-koalition-mit-der-cdu-eingehen-10683817.html, 25.10.2023.

ten Brink, T. (2010): Chinas neuer Kapitalismus. Wachstum ohne Ende, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9/2010, S. 9-15.

Thakur, R. (2021): Weniger ist mehr. Der Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen würde die Sicherheit der USA stärken – und ihre nukleare Führungsrolle untermauern, Journal für Internationale Politik und Gesellschaft vom 12.05.2021, https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/verzicht-ersteinsatz-von-nuklearwaffen-5180/, 02.10.2023.

Thompson, E. P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Band 1 und 2, Frankfurt a. M.

The Worldbank (2023a): GDP (current US$). World Bank national accounts data and OECD National Accounts data file, https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD, 21.09.2023.

The Worldbank (2023b): Unemployment, total (% of total labor force) (modeled ILO estimate) -, https://data.worldbank.org/indicator/SL.UEM.TOTL.ZS?locations=RU, 21.09.2023.

Ther, P: (2016): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Frankfurt a. M.

Ther, P. (2019): Die deutsche Schocktherapie. Der deutsche Sonderweg und die Transformation Ostmitteleuropas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2019, 85-96.

Tooze, A. (2023): „Jeder Kompromiss wird dreckig sein“, Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 27.03.2023.

tradingeconomics (2023): Militärausgaben nach Ländern, https://tradingeconomics.com/country-list/military-expenditure, 20.03.2023.

Transparency International Deutschland e.V. (2023): CPI 2022: Tabellarische Rangliste, https://www.transparency.de/cpi/cpi-2022/cpi-2022-tabellarische-rangliste, 10.11.2023.

Tutt, C. (2023): Sahra Wagenknecht. Die Kritikerin des Kapitalismus, in: Wirtschaftswoche vom 23.10.2023, https://www.wiwo.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-die-kritikerin-des-kapitalismus/29458346.html, 27.10.2023

Umann, U. (2021): USA starten Planung umfangreicher Infrastrukturvorhaben, Germany Trade and Invest vom 25.11.2021, https://www.gtai.de/de/trade/usa/wirtschaftsumfeld/usa-starten-planung-umfangreicher-infrastrukturvorhaben-761446, 26.09.2023.

Umland, A. (2020): Analyse: Der ambivalente Aufstieg einer ukrainischen "unzivilen Gesellschaft" nach dem Euromaidan, in: Bundeszentrale für politische Bildung, https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/303013/analyse-der-ambivalente-aufstieg-einer-ukrainischen-unzivilen-gesellschaft-nach-dem-euromaidan/, 09.11.2023.

UNO Flüchtlingshilfe Deutschland für den UNHCR (2022): Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht, https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen, 22.11.2022.

Urmersbach (2023): Europäische Union: Inflationsraten in den Mitgliedstaaten im Oktober 2023, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217052/umfrage/inflationsraten-in-den-laendern-der-eu-monatswerte/, 22.12.2023.

Vollmer, J. (2022): Der Schwerpunkt heißt nun wieder Verteidigung der NATO-Mitglieder, in: Deutscher Bundeswehrverband, https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/blickpunkt/beitrag/der-schwerpunkt-heisst-nun-wieder-verteidigung-der-nato-mitglieder, 21.03.2023.

von Marschall, C. (2023): Grenzen für US-Investitionen in China: Biden handelt deutlich entschlossener als Scholz, in: Tagesspiegel vom 11.08.2023, https://www.tagesspiegel.de/internationales/grenzen-fur-us-investitionen-in-china-was-biden-anders-macht-als-scholz-10290658.html, 27.09.2023.

Warde, I. (2022): Wer sind die Oligarchen?, in: Le monde diplomatique. Deutsche Ausgabe. September 2022, 16-17.

Welthungerhilfe (2022a): Welthunger-Index 2022. Transformation der Ernährungssysteme und lokal governance, https://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/pictures/publications/de/studies-analysis/2022-welthunger-index-whi.pdf, 10.03.2023.

Welthungerhilfe 2022b): Sechs Monate Ukrainekrieg haben weltweiten Hunger verschärft. Langfristige Finanzierung der Ernährungssicherung wichtiger denn je, https://www.welthungerhilfe.de/presse/pressemitteilungen/6-monate-krieg-in-der-ukraine. 04.04.2023.

Welthungerhilfe (2023): Pressemitteilung vom 05.07.2023. Bundeshaushalt: Kürzungen in Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe, https://www.welthungerhilfe.de/presse/pressemitteilungen/bundeshaushalt-kritik-wegen-kuerzung-humanitaerer-hilfe, 20.11.2023.

Wermke, C. (2022): Giorgia Meloni bekennt sich zu Europa und distanziert sich erstmals deutlich vom Faschismus, in: Handelsblatt vom 25.10.2022.

Wettach, S. (2023): EU-Pläne für Chip-Förderung. Die schillernde Mogelpackung, in: Wirtschaftswoche vom 19.04.2023, https://www.wiwo.de/politik/europa/eu-plaene-fuer-chipfoerderung-die-schillernde-mogelpackung/29103174.html, 30.09.2023.

Wiesendahl, E./ Höhne, B./ Cordes, M. (2018): Mitgliederparteien – Niedergang ohne Ende?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 49, No. 2 (2018), S. 304-324.

Winkel, A. (2012): Wirtschaftspolitik in China und Indien im Vergleich. Arbeitspapier der Arbeitsstelle internationale Politische Ökonomie, No. 9/ 2021, https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/oekonomie/ipoe/pipe_working_papers/papers/PIPE_Working_Paper_9-12_Winkel_-_Wirtschaftspolitik_in_China_und_Indien_im_Vergleich.pdf, 13.09.2023.

Wirtschaftskammer Österreich (2023): Länderprofil USA, https://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-usa.pdf, 21.09.2023.

World Food Programme (2022): Needs at all-time high even before the war in Ukraine, food crises report says, https://www.wfp.org/stories/needs-all-time-high-even-war-ukraine-food-crises-report-says, 04.04.2023.

(WSI) Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2020): Soziale Ungleichheit: WSI-Verteilungsmonitor. Ausmaß, Entwicklungen, Folgen, https://www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_faqs.pdf, 13.09.2023.

Zinke, G. (2020): Lohnentwicklung in Deutschland und Europa. Bundeszentrale für politische Bildung, https://www.bpb.de/themen/arbeit/arbeitsmarktpolitik/322503/lohnentwicklung-in-deutschland-und-europa/, 21.09.2023.

Zumach, A. (2023): Ein Jahr Ukraine-, 20 Jahre Irakkrieg. Warum der Globale Süden dem Westen nicht traut, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2023, S. 65-70.